

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 11 · November 2002 · 57. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Umweltschutzinvestitionen 1997 bis 2000

Daten zur Wirtschaftslage

Hessischer Zahlenspiegel



Auch auf Diskette als PDF-Datei

Inhalt

Verarbeitendes Gewerbe	
Umweltschutzinvestitionen 1997 bis 2000. Von <i>Manfred Frosch</i>	318
<hr/>	
Sozialleistungen	
Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe in Hessen 2001. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	323
Über 85 000 Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen. Von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	326
Adoptionen 2001. Von <i>Siegfried Than</i>	328
<hr/>	
Daten zur Wirtschaftslage	330
<hr/>	
Ganz kurz . . .	336
<hr/>	
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit.	337
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung.	338
Handwerk, Baugewerbe, Baugenehmigungen, Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe.	339
Außenhandel, Tourismus, Verkehr.	340
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise	341
Steuern, Verdienste.	342
<hr/>	
Buchbesprechungen	Umschlagseiten 3 und 4

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright: © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2002
Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — Internet: www.hsl.de

Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis: Print: Einzelheft 3,00 Euro (Doppelheft 6,00 Euro), Jahresabonnement 30,60 Euro (zuzüglich Versandkosten)
Digital: Einzelheft 3,00 Euro (Doppelheft 6,00 Euro), Jahresabonnement 30,60 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 38,50 Euro (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Auskünfte

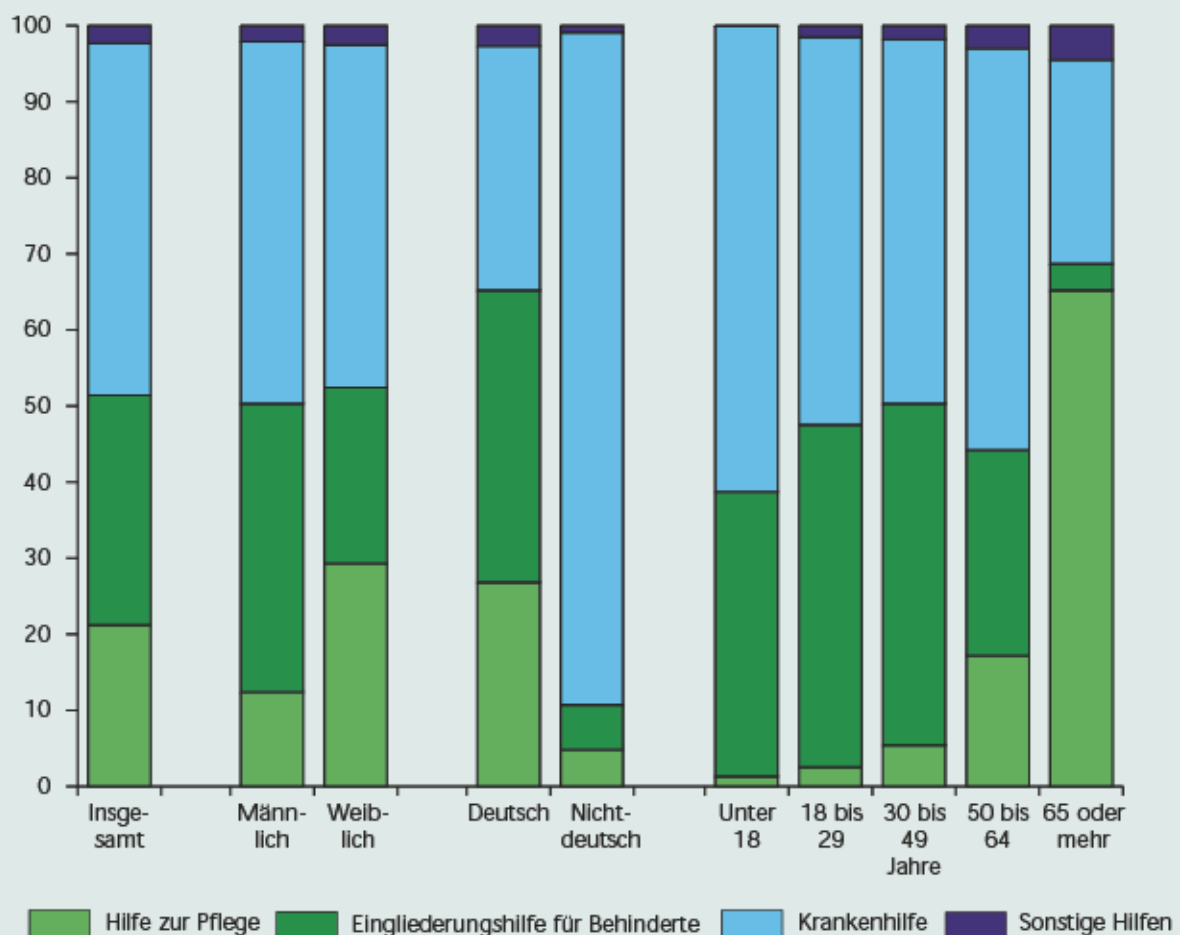
Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

Zeichen

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
. . . = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
() = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
X = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
D = Durchschnitt.
s = geschätzte Zahl.
p = vorläufige Zahl.
r = berichtete Zahl.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen

Fälle von Hilfe in besonderen Lebenslagen in Hessen Ende 2001
nach Hilfearten und persönlichen Merkmalen der Empfänger



HSL 79/02

Umweltschutzinvestitionen 1997 bis 2000

Von den fast 13 Mrd. Euro, die zwischen 1997 und 2000 vom hessischen Verarbeitenden Gewerbe investiert wurden, flossen nur 2,7 % in den Schutz der Umwelt. Der Anteil der Chemischen Industrie an den Umweltschutzinvestitionen belief sich im Beobachtungszeitraum auf 40 %, gefolgt vom an der Beschäftigtenzahl und dem Umsatz gemessen eher nachrangigen Ernährungsgewerbe mit knapp 10 % und der bedeutenden Kraftfahrzeugbranche mit 7,6 %. Die Rangfolge der Umweltschutzinvestoren gibt weniger einen Hinweis auf deren Umweltbewusstsein als vielmehr auf die Belastungen, die von den jeweiligen Produktionen ausgehen.

Das hessische Verarbeitende Gewerbe¹⁾ investierte im Jahr 2000 insgesamt 3,5 Mrd. Euro²⁾. Das waren 6,9 % mehr als im Vorjahr und 21 % mehr als 1997. Da Investitionsgüter über mehrere Jahre genutzt werden und die Investitionssumme zeitlich stark schwanken kann, erscheint es gerechtfertigt, die Investitionen der letzten vier Jahre zu addieren. Danach belief sich die gesamte Investitionssumme des Verarbeitenden Gewerbes seit 1997 auf rund 13 Mrd. Euro. 85 % der Investitionen wurden von den neun großen Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes vorgenommen, al-

lein fast 50 % von den drei ganz Großen: Chemische Industrie (24 %), Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (16 %) und Maschinenbau (8,3 %).

Die Umweltschutzinvestitionen³⁾ des Verarbeitenden Gewerbes beliefen sich im Jahr 2000 auf insgesamt 82,2 Mill. Euro. Das war eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %, allerdings ein Rückgang gegenüber 1997 um 8,3 %. Seit 1997 wurden im Verarbeitenden Gewerbe 345 Mill. Euro für den Umweltschutz investiert. Die neun großen Branchen hatten an dieser Investitionssumme einen Anteil von 77 %. Auf die drei Großen entfiel zusammen ein Anteil von 52 %, wobei auf die Chemische Industrie allein 40 % der Gesamtsumme kamen. Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen hatten einen Anteil von 7,6 % und der Maschinenbau 5,0 %.

Der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes lag für die Zeit von 1997 bis 2000 bei 2,7 %. Dieser Wert wurde unter den großen Branchen vor allem von der Chemischen Industrie übertroffen (4,4 %). Auch das Ernährungsgewerbe lag mit einem Anteil von 2,9 % leicht darüber. Alle übrigen Wirtschaftszweige erreichten den Durchschnitt nicht.

Beachtliche Umweltinvestitionen in der Chemischen Industrie

Die Investitionsneigung insgesamt spiegelt die Einschätzung der Konjunktur durch das Verarbeitende Gewerbe wider. Während 1999 im Vergleich zum Vorjahr die Veränderungs-

Veränderung der Investitionen und Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ 1998 bis 2000 nach Wirtschaftszweigen (Jeweils gegenüber dem Vorjahr in %)

Wirtschaftszweig	Investitionen insgesamt			Umweltschutzinvestitionen		
	1998	1999	2000	1998	1999	2000
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	9,7	3,0	6,9	2,9	- 12,2	1,5
darunter						
Ernährungsgewerbe	- 0,9	14,3	- 9,3	37,5	- 53,2	- 10,8
Verlags- und Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	91,4	3,1	- 24,6	- 18,1	404,6	- 79,9
Chemische Industrie	21,7	- 20,9	28,2	4,2	- 20,6	69,3
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	- 14,7	- 9,0	20,0	- 9,8	17,3	- 15,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	4,9	10,9	- 23,1	18,5	- 21,9	- 0,9
Maschinenbau	11,9	3,8	- 2,6	21,9	190,1	- 68,1
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	16,1	9,0	5,2	25,3	- 3,5	- 29,8
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	- 18,6	- 2,6	- 11,1	- 70,6	- 81,8	142,1
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3,5	48,5	5,3	18,9	- 2,4	- 17,3

1) Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden.

rate der gesamten Investitionssumme noch bei nur 3,0 % lag, betrug sie im Jahr 2000 bereits 6,9 %. Das Verarbeitende Gewerbe erwartete folglich insgesamt eine Besserung der konjunkturellen Lage, wobei die Betrachtung nach Wirtschaftszweigen ein differenziertes Bild ergibt.

Die Chemische Industrie investierte im Jahr 2000 insgesamt 862 Mill. Euro. Das waren 28 % mehr als im Vorjahr. Für die Jahre 1997 bis 2000 ergibt sich eine Investitionssumme von 3,1 Mrd. Euro. 44,8 Mill. Euro wurden im Jahr 2000 von der Chemischen Industrie für den Umweltschutz aufgebracht. Damit hatte die Chemische Industrie einen Anteil an den gesamten Umweltschutzinvestitionen von 55 %. Im Vergleich zu 1999 betrug der Anstieg der Umweltschutzinvestitionen der Chemischen Industrie 69 %. Die hohen Investitionen in Sachanlagen zur Produktion machen offenbar einen intensiven Schutz der Umwelt erforderlich, wobei allerdings ein Basiseffekt zu berücksichtigen ist. 1999 sind die Investitionen für den Umweltschutz nämlich im Vergleich zum Vorjahr reduziert worden (- 21 %).

Anders verlief die Entwicklung beim zweitgrößten Investor des Landes, den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Dort wurden im Jahr 2000 insgesamt 662 Mill. Euro investiert. Die gesamten Bruttoanlageinvestitionen der Jahre 1997 bis 2000 beliefen sich auf 2,1 Mrd. Euro. Die Investitionen des Jahres 2000 wurden im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 % gesteigert. Auch in den Vorjahren konnten insgesamt im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr Zunahmen registriert werden: 1998 wurden die Investitionen im Kraftwagensektor um 3,5 % erhöht und 1999 belief sich der Investitionszuwachs sogar auf 48 %. In den Schutz der Umwelt wurden vom Kraftwagensektor im Jahr 2000 rund 5,9 Mill. Euro investiert. Für die Jahre 1997 bis 2000 addieren sich die Umweltschutzinvestitionen auf 26,4 Mill. Euro. Der Anteil an den Gesamtinvestitionen betrug allerdings nur 1,2 % und erreichte im Kraftwagensektor nicht einmal die Hälfte des Anteils des gesamten Verarbeitenden Gewerbes. Wenngleich dies nicht unbedingt bedeutet, dass die Branche den Schutz der Umwelt vernachlässigt, weil moderne Sachanlagen zur Herstellung von Produkten bereits so konzipiert werden, dass Umweltbelastungen vermieden werden, fällt doch auf, dass von der Branche in den Schutz der Umwelt nach 1998 von Jahr zu Jahr weniger investiert wurde. 1999 gingen die Umweltschutzinvestitionen gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % zurück, und im Jahr 2000 betrug der jährliche Rückgang sogar 17 %.

Der Maschinenbau meldete für 2000 Bruttoanlageinvestitionen in Höhe von 276 Mill. Euro. Für die Jahre 1997 bis 2000 ergibt sich eine Gesamtinvestitionssumme in Höhe von 1,1 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr wurden die Bruttoanlageinvestitionen im Maschinenbau im Jahr 2000 um 2,6 % reduziert. Im Vorjahr hatte die jährliche Veränderungsrate noch bei + 3,8 % und 1998 sogar bei + 12 % gelegen. Die Umweltschutzinvestitionen des Maschinenbaus lagen im

Anteile der Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ an den entsprechenden Gesamtinvestitionen im Durchschnitt der Jahre 1997 bis 2000
(Angaben in %)

Verarbeitendes Gewerbe	2,7
darunter	
Ernährungsgewerbe	2,9
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	0,4
Chemische Industrie	4,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	1,7
Herstellung von Metallerzeugnissen	1,8
Maschinenbau	1,6
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	2,2
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	0,7
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1,2

1) Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden.

Jahr 2000 bei 2,8 Mill. Euro, für die Jahre 1997 bis 2000 ergibt sich eine Umweltschutzinvestitionssumme in Höhe von 17,2 Mill. Euro. Dennoch lag der Anteil mit 1,6 % an den Gesamtinvestitionen unter dem Durchschnitt des gesamten Verarbeitenden Gewerbes. Die Umweltschutzinvestitionen des Jahres 2000 sind im Vergleich zum Vorjahr um 68 % zurückgegangen. Allerdings ist auch hier ein Basiseffekt zu berücksichtigen. 1999 wurden nämlich mit 8,9 Mill. Euro 190 % mehr in den Schutz der Umwelt investiert als im entsprechenden Vorjahr, und auch 1998 konnte bereits eine Zunahme im Vergleich zu 1997 um 22 % registriert werden.

Eine beachtliche Investitionssumme wird auch vom Ernährungsgewerbe gemeldet. Sie belief sich im Jahr 2000 auf 278 Mill. Euro und addierte sich in der Zeit von 1997 bis 2000 auf 1,1 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Investitionen im Ernährungsgewerbe allerdings um 9,3 % reduziert worden. Aber auch dort ging der Verminderung der Investitionsneigung eine erhebliche Steigerung (+ 14 %) voraus, die allerdings einer leichten Reduzierung im Jahr 1998 gefolgt war (- 0,9 %). Die Umweltschutzinvestitionen beliefen sich im Jahr 2000 auf 5,2 Mill. Euro und addierten sich von 1997 bis 2000 auf 32,3 Mill. Euro. Damit erreichte das Ernährungsgewerbe einen Anteil an den Gesamtinvestitionen von 2,9 % und übertraf den Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Allerdings wurden die Umweltschutzinvestitionen im Jahr 2000 um 11 % vermindert. Diese Reduzierung folgte auf eine Verringerung der Umweltschutzinvestitionen im Jahr 1999 um 53 %. Das Ernährungsgewerbe hatte 1998 nämlich mit 12,3 Mill. Euro beachtliche Anstrengungen zum Schutz der Umwelt unternommen, sodass durch die Steigerung gegenüber 1997 um 38 % ein Basiseffekt entstanden war.

Investitionen und Umweltschutzinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes¹⁾ 1997 bis 2000
nach Wirtschaftszweigen und Investitionsbereichen

Wirtschaftszweig	Investitionen insgesamt					Investitionen für den Umweltschutz				
	1997	1998	1999	2000	1997—2000	1997	1998	1999	2000	1997—2000
Grundzahlen (in 1000 Euro)										
Verarbeitendes Gewerbe	2 916 193	3 199 306	3 296 742	3 525 050	12 937 290	89 622	92 246	81 002	82 197	345 067
darunter										
Ernährungsgewerbe	270 081	267 587	305 920	277 509	1 121 097	8 980	12 348	5 783	5 160	32 270
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	104 427	199 825	205 922	155 180	665 354	371	304	1 534	308	2 517
Chemische Industrie	699 030	850 914	672 655	862 362	3 084 961	32 026	33 357	26 472	44 828	136 683
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	297 800	253 884	231 021	277 171	1 059 877	4 739	4 274	5 015	4 262	18 290
Herstellung von Metallerzeugnissen	220 353	231 095	256 211	197 135	904 795	4 134	4 899	3 829	3 794	16 656
Maschinenbau	243 725	272 737	282 993	275 637	1 075 092	2 506	3 054	8 860	2 823	17 243
Herstellung von Geräten der Elektrizitäts- erzeugung, -verteilung u. Ä.	116 715	135 449	147 707	155 429	555 300	2 835	3 552	3 427	2 406	12 220
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	140 709	114 481	111 550	99 147	465 886	2 255	664	121	293	3 333
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	409 180	423 399	628 680	661 797	2 123 056	6 132	7 288	7 110	5 877	26 407
Anteile der Wirtschaftszweige in %										
Verarbeitendes Gewerbe	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter										
Ernährungsgewerbe	9,3	8,4	9,3	7,9	8,7	9,9	13,4	7,1	6,3	9,4
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	3,6	6,2	6,2	4,4	5,1	0,4	0,3	1,9	0,4	0,7
Chemische Industrie	23,8	26,6	20,4	24,5	23,8	35,7	36,2	32,7	54,5	39,6
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	10,2	7,9	7,0	7,9	8,2	5,3	4,6	6,2	5,2	5,3
Herstellung von Metallerzeugnissen	7,5	7,2	7,8	5,6	7,0	4,6	5,3	4,7	4,6	4,8
Maschinenbau	8,3	8,5	8,6	7,8	8,3	2,8	3,3	10,9	3,4	5,0
Herstellung von Geräten der Elektrizitäts- erzeugung, -verteilung u. Ä.	4,0	4,2	4,5	4,4	4,3	3,2	3,9	4,2	2,9	3,5
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	4,8	3,6	3,4	2,8	3,6	2,5	0,7	0,1	0,4	1,0
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	14,0	13,2	19,1	18,8	16,4	6,8	7,9	8,8	7,1	7,7

1) Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden.

Ebenfalls recht erhebliche Bruttoanlageinvestitionen nahmen die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren vor. Sie beliefen sich im Jahr 2000 auf 277 Mill. Euro und hatten sich in der Zeit von 1997 bis 2000 auf 1,1 Mrd. Euro addiert. Die Gummi- und Kunststoffwarenhersteller hatten ihre Investitionen im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 20 % gesteigert. Auch dort folgte der Anstieg einem erheblichen Rückgang der Investitionen im Jahr 1999 (- 9,0 %), dem 1998 bereits eine erhebliche Verminderung vorangegangen war (- 15 %). Die Gummi- und Kunststoffhersteller gaben im Jahr 2000 insgesamt 4,3 Mill. Euro zum Schutz der Umwelt aus. In der Zeit von 1997 bis 2000 hatten sich die Umweltschutzinvestitionen auf 18,3 Mill. Euro addiert. Der Anteil an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen belief sich auf 1,7 % und lag damit unter dem Durchschnitt des gesamten Verarbeitenden Gewerbes. Im Jahr 2000 hatte die Branche um 15 % weniger in den Umweltschutz investiert, doch auch hier folgte der Rückgang einer Steigerung im Vergleich zu 1998 um 17 %. Diese war wiederum dem Rückgang des Jahres 1998 im Vergleich zum Vorjahr um 9,8 % gefolgt.

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes erfordert vor allem Gewässerschutz und Anstrengungen zur Luftreinhaltung

Von den 345,1 Mill. Euro, die in der Zeit von 1997 bis 2000 vom hessischen Verarbeitenden Gewerbe für Umweltschutzinvestitionen ausgegeben wurden, entfielen 132,3 Mill. Euro oder 38 % auf den Gewässerschutz und 123,1 Mill. Euro oder 36 % auf die Luftreinhaltung. Die Abfallwirtschaft belegte mit 67,1 Mill. Euro oder einem Anteil von 19 % an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen für den Umweltschutz lediglich den dritten Platz, und die Ausgaben für Lärmbekämpfung waren mit 5,3 % vergleichsweise gering.

Die Chemische Industrie führte die Rangskala der Investoren für den Umweltschutz an, gefolgt vom Ernährungsgewerbe, der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen und der von Gummi- und Kunststoffwaren. Der Maschinenbau

belegte Platz fünf vor der Herstellung von Metallserzeugnissen. Die Bruttoanlageinvestitionen für den Umweltschutz werden vor allem von den Beeinträchtigungen bestimmt, die die Herstellung der jeweiligen Erzeugnisse verursachen. Deshalb sagt die Höhe der Investitionen der Branchen wenig über das jeweilige Umweltbewusstsein und recht viel über die Belastungen aus, die von den Produktionsverfahren ausgehen, wobei die Art der Investitionen — zum Beispiel zur Abfallbeseitigung, zum Gewässerschutz, zur Lärmbekämpfung oder zur Luftreinhaltung — weiteren Aufschluss gibt.

Bruttoanlageinvestitionen für den Umweltschutz im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ 1997 bis 2000 nach Bereichen

Bereich	1997 bis 2000 insgesamt	
	1000 Euro	%
Investitionen insgesamt	345 067	100
darunter für		
Abfallwirtschaft	67 099	19,4
Gewässerschutz	132 258	38,3
Lärmbekämpfung	18 180	5,3
Luftreinhaltung	123 070	35,7
Sonstige	4 460	1,3

1) Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden.

Die Produktion der Chemischen Industrie erforderte zwischen 1997 und 2000 Investitionen für den Umweltschutz in Höhe von 136,7 Mill. Euro. Das waren 40 % der Umweltschutzinvestitionen des gesamten Verarbeitenden Gewerbes. Vor allem die Gewässer bedurften eines intensiven Schutzes vor den Gefahren durch Abwässer aus der Chemischen Industrie. Hierfür gab die Branche zwischen 1997 und 2000 insgesamt 62,7 Mill. Euro oder 46 % ihrer gesamten Umweltschutzinvestitionen aus. Auf 47 % belief sich Anteil, den die Gewässerschutzinvestitionen der Chemischen Industrie an den entsprechenden Gesamtinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes hatten. Nachdem die Investitionen der Chemischen Industrie zum Gewässerschutz nach 1997 leicht zurückgegangen waren, wurden sie im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr wieder kräftig (+ 45 %) aufgestockt.

Im Ablauf der Jahre ergeben sich stets dann erhebliche Veränderungen im Investitionsverhalten, wenn Umweltschutzinvestitionen bereits viele Jahre zurückliegen, die Anlagen inzwischen veraltet sind und durch neue, vielfach effizientere, ersetzt werden müssen, oder wenn neue Produkte ins Programm genommen werden, die zusätzliche Anstrengungen zum Schutz der Umwelt erfordern. Nicht selten tragen aber auch Auflagen der Überwachungsbehörden oder die Novellierung der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen zu einem Investitionsschub bei.

Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹⁾ 1997 bis 2000 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen und Umweltbereichen (Angaben in 1000 Euro)

Wirtschaftszweig	1997 bis 2000 insgesamt	darunter für		
		Gewässerschutz	Luftreinhaltung	Abfallbeseitigung
Investitionen insgesamt	345 067	132 258	123 070	67 098
darunter				
Chemische Industrie	136 683	62 675	43 513	23 166
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	26 407	5 895	14 504	5 694
Ernährungsgewerbe	32 270	19 352	5 644	1 392

1) Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden.

Zur Luftreinhaltung gab die Chemische Industrie zwischen 1997 und 2000 43,5 Mill. Euro aus. Das entspricht in diesem Zeitraum einem Anteil an den gesamten Umweltschutzinvestitionen der Branche von 32 %. An den hessischen Umweltschutzinvestitionen zur Luftreinhaltung hatte allein die Chemische Industrie einen Anteil von 35 %. Im Berichtszeitraum hatte es vor allem 1998 im Vergleich zum Vorjahr eine erhebliche Investitionssteigerung gegeben (+ 33 %), der allerdings ein Jahr später ein Rückgang um 45 % folgte. Die im Jahr 2000 folgendende Investition übertraf die des Vorjahres um 16 %. Diese Entwicklung lässt den Schluss zu, dass den erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Luftreinhaltung nach den überdurchschnittlichen Anstrengungen von 1998 in den Folgejahren lediglich Erhaltungsinvestitionen oder kleinere Ergänzungen folgten.

Das Ernährungsgewerbe hat zwar im Verarbeitenden Gewerbe einen nachgeordneten Rang, in bezug auf seine Anstrengungen zum Schutz der Umwelt belegt es trotz eines Anteils von nur 9,4 % der entsprechenden Gesamtinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes Platz zwei. Zwischen 1997 und 2000 wurden vom Ernährungsgewerbe insgesamt 32,3 Mill. Euro zum Schutz der Umwelt, 60 % davon in den Gewässerschutz investiert. 17 % der Umweltschutzinvestitionen des Ernährungsgewerbes dienten der Luftreinhaltung. Beim Ernährungsgewerbe lag der Höhepunkt der Gewässerschutzinvestitionen im Jahr 1998. Damals wurden die bereits recht beachtlichen Anstrengungen des Vorjahres um

nochmals 10 % gesteigert, ehe sie im Folgejahr um 38 % vermindert wurden, denen im Jahr 2000 abermals eine Halbierung folgte.

Unter den großen Branchen des Landes folgte die Kraftfahrzeugbranche — Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen — an dritter Stelle. Dort wurden zwischen 1997 und 2000 insgesamt 26,4 Mill. Euro in den Umweltschutz investiert. Das entsprach einem Anteil an den gesamten Umweltschutzinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes von nur 7,6 %. Die Luftreinhaltung stand mit 14,5 Mill. Euro, die im Berichtszeitraum investiert wurden, oben an. Das waren 55 % der von der Kraftfahrzeugbranche zwischen 1997 und 2000 investierten Summe. Bei der Herstellung von Kraftfahrzeugen lag der Höhepunkt der Investitionen in die Luftreinhaltung im Jahr 1999. Mit 5,3 Mill. Euro wurden 32 % mehr investiert als im Vorjahr, doch folgte dieser überdurchschnittlichen Anstrengung ein Rückgang um 53 % im Jahr 2000. Die erhebliche Zunahme der Investitionen zur Luftreinhaltung von 1999 dürfte im Zusammenhang mit den insgesamt um ein Viertel auf knapp 630 Mill. Euro gestiegenen Bruttoanlageinvestitionen gelegen haben. Die Kraftfahrzeugbranche wandte zwischen 1997 und 2000 ein gutes Fünftel seiner Umweltschutzinvestitionen für den Gewässerschutz auf. Die Investitionen zur umweltgerechten Abfallbeseitigung erreichten 22 % der Gesamtinvestitionen der Branche für den Umweltschutz und 8,5 % aller vom Verarbeitenden Gewerbe vorgenommenen Investitionen zur Abfallbeseitigung. □

Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe in Hessen 2001

Im Jahr 2001 sind die Bruttoausgaben der öffentlichen Jugendhilfe¹⁾ in Hessen gegenüber dem Vorjahr um 63 Mill. Euro oder gut 4 % auf 1,55 Mrd. Euro angestiegen. Zum vierten Mal in Folge hat sich damit das Ausgabenwachstum beschleunigt, nachdem es im Jahr 1997 bei lediglich 0,3 % und 2000 noch unter 3 % gelegen hatte. Die Einnahmen in Höhe von 180 Mill. Euro — im Wesentlichen aus Beiträgen für Einrichtungen — übertrafen dagegen das Vorjahresergebnis nur knapp um 1 Mill. Euro. Demzufolge sind die Nettoausgaben (reine Ausgaben), die 1997 sogar einmal leicht zurückgegangen waren, im Vergleich zu 2000 um 62 Mill. Euro oder fast 5 % auf 1,37 Mrd. Euro angewachsen. Seit 1991, als das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz in Kraft getreten war, haben sich damit sowohl die Brutto- als auch die Nettoausgaben um rund zwei Drittel erhöht, nämlich um 620 bzw. fast 560 Mill. Euro. Dabei hatte es besonders zu Anfang der Neunzigerjahre hohe — zum Teil sogar zweistellige — Zuwachsraten bei den Ausgaben gegeben. Allein die Bruttoausgaben für Tageseinrichtungen für Kinder haben sich im letzten Jahrzehnt landesweit von 430 Mill. Euro auf über 830 Mill. Euro fast verdoppelt. Einige weitere Daten zur Struktur und Entwicklung der Jugendhilfeausgaben im Jahr 2001 werden nachfolgend näher dargestellt und kommentiert²⁾, zum Teil auch unter regionalen Aspekten.

*) Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkrompel@hsl.de

1) Ausgaben der öffentlichen Träger und Förderung freier Träger, einschl. Zuschüssen für deren Einrichtungen.

2) Ausführliche Ergebnisse, auch in regionaler Gliederung sowie nach Trägergruppen, bietet der Statistische Bericht K 18 — j/01 „Die Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2001: Ausgaben und Einnahmen“.

3) Damals war das bisherige Landesjugendamt als eigenständige obere Landesbehörde aufgelöst und mit seinen Zuständigkeiten in das Hessische Sozialministerium integriert worden.

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe in Hessen 1991 bis 2001

Jahr	Bruttoausgaben		Einnahmen		Nettoausgaben	
	Mill. Euro	Zu- nahme in % ¹⁾	Mill. Euro	Zu- bzw. Abnah- me (-) in % ¹⁾	Mill. Euro	Zu- bzw. Abnah- me (-) in % ¹⁾
1991	935,0	.	117,9	.	817,0	.
1992	1 080,9	15,6	127,8	8,4	953,1	16,7
1993	1 237,0	14,4	149,8	17,2	1 087,2	14,1
1994	1 246,7	0,8	134,8	- 10,0	1 112,0	2,3
1995	1 328,6	6,6	133,4	- 1,1	1 195,2	7,5
1996	1 405,0	5,7	144,2	8,1	1 260,8	5,5
1997	1 409,6	0,3	154,1	6,8	1 255,6	- 0,4
1998	1 426,4	1,2	158,0	2,6	1 268,2	1,0
1999	1 451,0	1,7	172,4	9,1	1 278,6	0,8
2000	1 491,7	2,8	178,6	3,6	1 313,1	2,7
2001	1 554,4	4,2	179,6	0,6	1 374,7	4,7

1) Jeweils gegenüber dem Vorjahr.

Auf den ersten Blick scheint die ausführliche Vergleichstabelle der beiden letzten Jahre bereits auf der Stufe der zusammenfassenden Hauptbereiche „Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen“ mit einem Minus von 3,5 % bzw. „Ausgaben für Einrichtungen“ mit einem Plus von 9,5 % gegenläufige Entwicklungen zu belegen. Ausschlaggebend dafür war jedoch eine Fehlbuchung aus dem Jahr 2000, als von der obersten Landesjugendbehörde³⁾ ein hoher, aber nicht mehr genau zu beziffernder, zweistelliger Millionenbetrag bei den Einzel- und Gruppenhilfen (unter „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen“) statt bei den Ausgaben für Einrichtungen (unter der ähnlich lautenden Bezeichnung „Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder“) gemeldet worden war. Insofern sind also die Verschiebungen zwischen den beiden Hauptbereichen verzerrt dargestellt und die Veränderungen der zwei zuvor genannten tiefer gegliederten Einzelpositionen nach unten bzw. nach oben deutlich überzeichnet. Unabhängig von diesen Einschränkungen waren in anderen Fällen durchaus Tendenzen in verschiedene Richtungen festzustellen.

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe¹⁾ in Hessen 2000 und 2001

Art der Angabe	2000	2001	Zu- bzw. Abnah- me (-) gegen- über 2000
	1000 Euro		
Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen z u s a m m e n	583 822	563 564	- 3,5
davon für			
Jugendarbeit	33 822	35 816	5,9
Jugendsozialarbeit	15 183	16 591	9,3
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/in Tagespflege	104 506	43 916	- 58,0
Hilfe zur Erziehung	278 804	301 173	8,0
Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	33 007	41 722	26,4
Hilfe für junge Volljährige	49 603	48 172	- 2,9
Vorläufige Schutzmaßnahmen	12 397	18 075	45,8
Amtspflegschaft, -vormundschaft ²⁾	9 736	9 778	0,4
sonstige Hilfen	16 752	15 348	- 8,4
andere Aufgaben	30 010	32 969	9,9
Einnahmen für Einzel- und Gruppenhilfen z u s a m m e n	35 344	36 500	3,3
Ausgaben für Einrichtungen z u s a m m e n	873 096	956 004	9,5
davon für			
Einrichtungen der Jugendarbeit ³⁾	83 113	84 041	1,1
Erziehungsberatungsstellen ⁴⁾	17 680	19 353	9,5
Tageseinrichtungen für Kinder	754 004	833 515	10,5
sonstige Einrichtungen	18 299	19 095	4,3
Einnahmen für Einrichtungen z u s a m m e n	143 228	143 140	- 0,1
Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung z u s a m m e n	34 774	34 802	0,1
Bruttoausgaben insgesamt	1 491 691	1 554 370	4,2
Einnahmen insgesamt	178 572	179 640	0,6
Reine Ausgaben insgesamt	1 313 119	1 374 731	4,7

1) Ausgaben der öffentlichen Träger und Förderung der freien Träger. — 2) Sowie Beistandschaft. — 3) Einschl. Jugendsozialarbeit. — 4) Einschl. Jugend- und Familienberatungsstellen.

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe in Hessen 2001 nach Trägern

Träger der Jugendhilfe ¹⁾	Ausgaben insgesamt	davon für			Einnahmen insgesamt	Reine Ausgaben			
		Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen	Personal der Jugendhilfeverwaltung		insgesamt	darunter für Kindertageseinrichtungen ²⁾	je Einwohner ³⁾	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 2000
									Euro
1000 Euro								Euro	%
Darmstadt, Wissenschaftsst.	40 916,7	15 238,4	25 350,2	328,1	4 559,2	36 357,5	16 187,1	263	1,7
Frankfurt am Main, St.	273 699,4	98 231,3	167 362,6	8 105,5	20 307,5	253 391,9	126 795,6	393	6,4
Offenbach am Main, St.	31 031,1	12 235,6	16 466,5	2 329,0	730,4	30 300,7	12 465,8	256	8,0
Wiesbaden, Landeshauptst.	95 815,7	44 122,6	49 589,3	2 103,8	10 509,1	85 306,7	33 138,7	315	6,3
Bergstraße	52 439,5	17 143,8	33 101,3	2 194,4	4 788,5	47 651,0	26 277,5	181	9,0
Darmstadt-Dieburg	70 990,1	25 577,8	44 025,4	1 386,9	7 941,9	63 048,2	33 542,6	219	20,2
Groß-Gerau	65 516,6	19 539,8	44 743,8	1 233,1	9 250,8	56 265,8	31 282,3	225	6,0
Hochtaunuskreis	52 207,9	13 042,1	37 686,5	1 479,3	6 899,0	45 308,8	26 903,8	200	18,1
Main-Kinzig-Kreis	92 679,4	28 853,5	62 314,6	1 511,3	11 741,3	80 938,1	46 391,8	199	8,9
Main-Taunus-Kreis	50 958,8	16 989,0	33 354,3	615,4	5 528,4	45 430,4	24 446,2	206	9,4
Odenwaldkreis	19 209,2	6 846,3	12 087,3	275,7	2 740,5	16 468,7	8 674,5	165	3,3
Offenbach	87 757,5	25 354,2	60 911,0	1 492,3	12 170,2	75 587,4	44 253,0	225	3,6
Rheingau-Taunus-Kreis	37 460,4	13 957,9	22 736,9	765,6	4 819,1	32 641,3	16 804,0	177	12,2
Wetteraukreis	62 973,9	19 722,3	43 181,9	69,7	11 914,2	51 059,7	30 770,9	173	16,6
Reg.-Bez. Darmstadt	1 033 656,3	356 854,6	652 911,6	23 890,1	113 900,1	919 756,2	477 933,7	246	8,5
Gießen	60 028,3	23 809,2	35 454,4	764,7	7 801,4	52 226,9	25 341,9	206	7,2
Lahn-Dill-Kreis	49 130,0	16 972,5	31 315,6	841,9	9 258,6	39 871,4	22 766,4	152	1,6
Limburg-Weilburg	25 708,4	8 192,9	16 991,4	524,2	2 165,4	23 543,0	13 431,1	134	8,3
Marburg-Biedenkopf	56 865,3	25 386,6	30 530,3	948,4	6 489,9	50 375,4	22 776,4	199	8,1
Vogelsbergkreis	21 538,3	9 343,2	12 034,0	161,1	3 484,2	18 054,1	9 017,6	152	15,0
Reg.-Bez. Gießen	213 270,4	83 704,4	126 325,8	3 240,2	29 199,6	184 070,8	93 333,4	173	7,0
Kassel, documenta-St.	55 657,2	29 239,2	25 717,0	701,0	6 574,2	49 083,0	16 650,1	252	- 1,3
Fulda	40 176,7	18 589,7	21 158,3	428,8	5 541,1	34 635,6	15 874,4	159	14,6
Hersfeld-Rotenburg	23 820,8	10 744,0	12 926,2	150,6	3 864,4	19 956,4	8 375,7	153	3,6
Kassel	50 006,9	18 001,5	31 594,7	410,7	8 922,4	41 084,5	21 280,1	167	0,8
Schwalm-Eder-Kreis	35 810,9	16 296,7	19 192,0	322,2	6 569,3	29 241,6	12 994,9	151	11,1
Waldeck-Frankenberg	26 710,8	9 824,0	16 647,5	239,3	3 334,2	23 376,6	12 941,2	137	7,8
Werra-Meißner-Kreis	18 504,2	8 934,6	9 420,8	148,8	1 606,6	16 897,6	7 106,7	149	- 0,3
Reg.-Bez. Kassel	250 687,7	111 629,7	136 656,6	2 401,4	36 412,2	214 275,5	95 223,1	169	4,6
Oberste Landesjugendbehörde ⁴⁾	56 756,1	11 375,2	40 110,2	5 270,7	128,2	56 627,9	39 640,1	.	- 36,2
Land Hessen	1 554 370,5	563 563,9	956 004,2	34 802,4	179 640,0	1 374 730,5	706 130,4	226	4,7

1) In den Verwaltungsbezirken sind die Jugendämter sowie die Gemeinden ohne eigenes Jugendamt enthalten. — 2) Ausgaben für Einrichtungen öffentlicher Träger sowie für Förderung von Einrichtungen freier Träger. — 3) Stand am 30.06.2001. — 4) Einschl. Aufgaben des Landesjugendamtes.

So erhöhten sich bei den *Einzel- und Gruppenhilfen* gegenüber 2000 die Ausgaben der „Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche“ erneut weit überdurchschnittlich um 26 % (im Vorjahr um 22 %). Relativ noch höher fiel die Steigerung bei den „vorläufigen Schutzmaßnahmen“, wie zum Beispiel der Inobhutnahme, mit fast 46 % aus, allerdings bei einem vergleichsweise niedrigen Gesamtbetrag von 18 Mill. Euro im Jahr 2001. Auch bei der „Jugendsozialarbeit“ und der „Hilfe zur Erziehung“ wurden mit 9 bzw. 8 % kräftige Zuwachsraten ermittelt. Der Mehraufwand von über 22 Mill. Euro im zuletzt genannten Teilbereich schlägt deshalb besonders zu Buche, weil dieser schon seit jeher am kostenträchtigsten war und nun mit einem Gesamtaufwand von über 300 Mill. Euro mehr als die Hälfte al-

ler Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen auf sich vereinigt. Andererseits wurden bei der „Hilfe für junge Volljährige“ und den „sonstigen Hilfen“ bei Minderausgaben von jeweils rund 1,4 Mill. Euro Abnahmen um 3 bzw. 8 % gegenüber 2000 errechnet.

Die Ausgaben für *Einrichtungen* haben im Jahr 2001 — bei einem Anstieg in allen Teilbereichen — eine Höhe von 956 Mill. Euro erreicht. Davon entfielen mit 833 Mill. Euro annähernd neun Zehntel auf Tageseinrichtungen für Kinder, in der Regel Kindergärten; das waren zugleich fast 54 % der gesamten Bruttoausgaben für Kinder- und Jugendhilfe in Hessen⁴⁾. Bei einem Ausgabenzuwachs für die Kindertageseinrichtungen öffentlicher Träger um insgesamt 28 Mill. Euro oder 5 % wurde auch für direkte Investitionen wieder etwas mehr als im Jahr 2000 ausgegeben, nämlich 39 Mill. nach 36,5 Mill. Euro. Der Anteil der Investitionen an den Gesamtaufwendungen blieb damit bei 7 %. Die investiven Zuschüs-

4) Obwohl 127 Mill. Euro oder 70 % der Gesamteinnahmen aus Beiträgen u. Ä. für Kindertageseinrichtungen erzielt wurden, lag ihr Anteil auch bei den Nettoausgaben über 50 %.

se für entsprechende Einrichtungen freier Träger, beispielsweise der Kirchen oder Wohlfahrtsverbände, sind aber im Jahr 2001 erneut gesunken, und zwar von knapp 12 Mill. auf 7,5 Mill. Euro. Sie hatten damit nur noch einen Anteil von nicht einmal 3 % an den Gesamtzuschüssen für Kindertageseinrichtungen freier Träger in Höhe von über 273 Mill. Euro. Das bedeutet andererseits, dass der Ausgabenposten „Personal“ zukünftig weiter an Gewicht gewinnen dürfte, vor allem wenn das Betreuungsangebot der Kindergärten durch flexiblere oder längere Öffnungszeiten weiter erhöht wird. Schon im Jahr 2001 hatten die Personalkosten im Bereich der Einzel- und Gruppenhilfen mit gut 89 Mill. Euro und bei den Einrichtungen mit über 531 Mill. Euro Anteile von fast 16 bzw. 54 % an den jeweiligen Bruttoausgaben⁵⁾. Die Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung spielten demgegenüber mit unverändert knapp 35 Mill. Euro nur eine relativ untergeordnete Rolle.

Die Hauptlast der Kinder- und Jugendhilfe entfiel mit einem Anteil von 96 % der Bruttoausgaben auf die kommunalen Träger, also die kreisfreien Städte, Landkreise und Gemeinden zusammen. Die Belastung war regional allerdings ebenso unterschiedlich wie die Ausgabenentwicklung. So schwankten die *Nettoausgaben* je Einwohner — bei einem Landesdurchschnitt von 226 Euro (knapp 10 Euro mehr als im Vorjahr) — in den Landkreisen zwischen weniger als 140 Euro (Limburg-Weilburg und Waldeck-Frankenberg) und 225 Euro (Groß-Gerau und Offenbach). Neben den Kin-

5) In der Realität dürfte der Anteil deutlich höher sein, weil für die Einrichtungen der freien Träger nicht die gesamten Personalkosten, sondern lediglich die öffentlichen Zuschüsse nachgewiesen werden. In Einrichtungen der öffentlichen Träger lag der Personalkosten-Anteil unverändert bei über drei Vierteln der Bruttoausgaben.

dergärten als meist bedeutendstem Ausgabenfaktor können andere Einrichtungen, wie zum Beispiel solche für Erziehung oder Inobhutnahme, sowie die verschiedenen Arten von Beratungsstellen an ihren Standorten zu einem erheblichen Mehraufwand führen. In noch stärkerem Maße gilt dies bei den Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen, für die in der documenta-Stadt Kassel sogar mehr als die Hälfte der Jugendhilfeausgaben aufgewandt wurde. Nicht zuletzt die Unterschiede in den örtlichen Aufgabenschwerpunkten und damit in der Zusammensetzung der Ausgaben trugen zu der relativ stärkeren Belastung der fünf kreisfreien Städte bei. Hier war der höchste Betrag je Einwohner in Frankfurt am Main mit annähernd 400 Euro aufzubringen, also fast dreimal so viel wie in den beiden Landkreisen mit den geringsten Pro-Kopf-Ausgaben. Schon mit deutlichem Abstand folgte die Landeshauptstadt Wiesbaden mit 315 Euro vor der Wissenschaftsstadt Darmstadt und Offenbach am Main mit jeweils rund 260 Euro.

Lediglich aus zwei Verwaltungsbezirken, nämlich der bereits erwähnten Stadt Kassel und dem Werra-Meißner-Kreis, wurden im Vergleich zum Vorjahr leichte Abnahmen der Nettoausgaben gemeldet. Dem standen überdurchschnittliche zweistellige Steigerungsraten zwischen 11 und 20 % in sieben Landkreisen gegenüber. Diese Mehrausgaben wurden im Hochtaunuskreis, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Wetteraukreis überwiegend für Einrichtungen aufgebracht, und zwar zu einem nicht geringen Teil für die Neuerrichtung von Kindergärten. In den Landkreisen Darmstadt-Dieburg und Fulda sowie im Vogelsbergkreis und im Schwalm-Eder-Kreis betrafen sie allerdings relativ stärker die Einzel- und Gruppenhilfen. □

Über 85 000 Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen

Ende 2001 erhielten in Hessen gut 85 400 Personen Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL), etwa 660 oder knapp 1 % weniger als ein Jahr zuvor. Diese Form der Sozialhilfe wird — anders als die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt — Personen in speziellen Notsituationen, wie Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit, gewährt. Aus der Reihe vieler weiterer Hilfearten sind noch die Altenhilfe und die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten zu nennen. Dagegen sind die vorbeugende Gesundheitshilfe, die Blindenhilfe oder die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts und einige andere Hilfearten hinsichtlich ihres Gesamtumfangs kaum von Bedeutung, was freilich für die jeweils direkt betroffenen Hilfeempfänger nicht gelten kann. Seit der — ab dem Berichtsjahr 1994 gültigen — Neufassung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) war die Gesamtzahl der Empfänger von HbL nach einem vorübergehenden, durch erstmalige Leistungen aus der Pflegeversicherung bedingten Rückgang im Jahr 1995 zunächst bis 2000 ständig gestiegen. Dabei hatte sie bereits 1997 die Ausgangsbasis von 67 100 Empfängern deutlich überschritten. In Abhängigkeit von dieser Entwicklung hat sich die finanzielle Belastung der Träger in diesem Bereich nicht unerheblich erhöht, während der Anteil der Hilfe zum Lebensunterhalt an den gesamten Sozialhilfeausgaben rückläufig war¹⁾.

Hatten sich die Zahlen der Leistungsbezieher insgesamt in den einzelnen Jahren von 1996 bis 1999 noch recht gleichmäßig erhöht, so gab es schon damals bei den Untergliederungen nach Staatsangehörigkeit oder nach einzelnen Hilfearten erhebliche Entwicklungsunterschiede. Besonders augenfällig waren diese abweichenden Tendenzen — größtenteils bedingt durch äußere Umstände — 1995 und 1996 sowie erneut in allen Jahren ab 1999. So waren beispielsweise die Abnahme bei den deutschen HbL-Empfängern im Jahr 1995 um 15 % und der nur minimale Zuwachs um gut 1 % im Folgejahr allein auf die Einführung der Pflegeversicherung zurückzuführen; durch deren Leistungen war in vielen Fällen der Anspruch auf Hilfe zur Pflege nach dem BSHG hinfällig geworden, sodass sich die Zahl der Empfänger dieser Hilfeart von fast 29 000 im Jahr 1994 in zwei Jahren mehr als halbierte und bis Ende 1999 auf diesem niedrigen Niveau

blieb. Offensichtlich reichen jedoch inzwischen die Leistungen der Pflegeversicherung in vielen Fällen ohne entsprechende anderweitige Einkünfte nicht mehr aus, die tatsächlichen Kosten — vor allem im stationären Bereich — zu decken, wie der sprunghafte Anstieg gerade der deutschen Hilfeempfänger im Jahr 2000 erkennen lässt. Während in diesem Jahr der Zuwachs bei den nichtdeutschen Empfängern mit etwas mehr als 500 Personen gemäßigt ausfiel, wurden fast 7000 mehr deutsche HbL-Empfänger gezählt als ein Jahr davor. Von ihnen bezogen allein über 4000 Hilfe zur Pflege (über 31 % mehr als 1999); aber auch der Anstieg bei der Eingliederungshilfe für Behinderte und der Krankenhilfe war mit 2700 bzw. gut 1800 beträchtlich. Diese Zahlen belegen gleichzeitig ein weiteres Phänomen, dass nämlich immer häufiger einzelnen Hilfeempfängern mehrere verschiedene Hilfen nebeneinander gewährt werden. So summierten sich erstmals im Jahr 2000 schon die drei in den Tabellen ausgewiesenen wesentlichsten Arten der HbL auf über 100 %. Alle übrigen Hilfearten zusammen erhielten dagegen lediglich gut 2000 Personen oder reichlich 2 % der Empfänger. Im Durchschnitt wurden Ende 2001 auf 100 HbL-Empfänger insgesamt 104 Hilfen gezählt, zwei Jahre davor erst 102. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, dass etwa die Hälfte aller HbL-Empfänger gleichzeitig auch Hilfe zum Lebensunterhalt bezog²⁾.

Bei den nichtdeutschen Leistungsempfängern waren die höchsten Zunahmen mit knapp 39 bzw. 31 % im Zusammenhang mit den Konflikten auf dem Balkan und der Zuwanderung von Bürgerkriegsflüchtlingen in den Jahren 1995 und 1996 zu verzeichnen. Dass 1997 und vor allem 1998 der Anstieg bei den Ausländern relativ gering war, dürfte neben der Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen in ihre Heimat auch von einer Änderung in ihrer rechtlichen Stellung³⁾ abhängig gewesen sein. Den erneuten beträchtlichen Anstieg im Jahr 1999 um fast 4000 Personen oder 22 % auf 22 200, durch den sich innerhalb von nur fünf Jahren der Ausländeranteil unter den HbL-Empfängern von nicht einmal 14 % auf über 28 % mehr als verdoppelt hat, kann man allerdings durch derartige Einflüsse nicht erklären. Im Jahr 2001 hat der Rückgang nichtdeutscher HbL-Empfänger um 860 Personen oder fast 4 % im Vergleich zu 2000 dagegen entscheidend die Gesamtentwicklung geprägt.

Zwischen den einzelnen Leistungsbereichen gab es im Zeitverlauf seit 1994 beträchtliche Verschiebungen, vor allem in Richtung Krankenhilfe, ausgehend von 22 % bis zu einem Anteil von fast 50 %, während sich bei der Hilfe zur Pflege der Anteil von deutlich über 40 % zeitweise auf unter 20 % verringert hatte, mit zuletzt wieder leicht steigender Tendenz. Relativ konstant bewegten sich über die Jahre hin dagegen die Anteile bei der Eingliederungshilfe für Behinderte bei rund einem Drittel.

Die einzelnen Hilfearten werden von bestimmten Bevölkerungsgruppen in ganz unterschiedlichem Maße in Anspruch

*) Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkrompel@hsl.de

1) Vgl. dazu im Einzelnen „Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 2001“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 57. Jahrg., Heft 7, Juli 2002, S. 181 ff.

2) Dies traf für über 39 000 Personen oder 46 % zu; etwa ebenso viele Personen bezogen ausschließlich HbL-Leistungen. Bei gut 6700 Personen oder 8 % war dazu eine Aussage nicht möglich, weil verschiedene Träger für die einzelnen Hilfearten zuständig waren.

3) Durch das „Erste Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes“ vom 26. Mai 1997 (BGBl. I. S. 1130) waren die Bürgerkriegsflüchtlinge ab Mitte 1997 aus dem Bereich des BSHG in den des Asylbewerberleistungsgesetzes überstellt worden.

**Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen in Hessen von 1994 bis 2001¹⁾
nach Staatsangehörigkeit und ausgewählten Hilfearten²⁾**

Jahr	Empfänger am Wohnort insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (-) ³⁾	Von den Empfängern waren				Unter den Empfängern insgesamt erhielten					
			Deutsche		Nicht-deutsche		Hilfe zur Pflege		Eingliederungshilfe für Behinderte		Krankenhilfe ⁴⁾	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1994	67 109	.	57 928	.	9 181	.	28 877	43,0	21 497	32,0	14 882	22,2
1995	61 935	- 7,7	49 190	- 15,1	12 745	38,8	17 452	28,2	21 018	33,9	21 384	34,5
1996	66 540	7,4	49 888	1,4	16 652	30,7	13 820	20,8	22 822	34,3	27 084	40,7
1997	69 694	4,7	51 973	4,2	17 721	6,4	13 465	19,3	22 678	32,5	31 836	45,7
1998	74 176	6,4	55 957	7,7	18 219	2,8	14 750	19,9	24 668	33,3	32 755	44,2
1999	78 623	6,0	56 439	0,9	22 184	21,8	13 829	17,6	24 846	31,6	38 621	49,1
2000	86 069	9,5	63 370	12,3	22 699	2,3	17 799	20,7	27 551	32,0	41 404	48,1
2001	85 407	- 0,8	63 752	0,6	21 835	- 3,8	18 853	22,1	26 820	31,4	41 149	48,2

1) Jeweils am Jahresende. — 2) Es können mehrere Hilfearten gleichzeitig gewährt werden. — 3) Jeweils gegenüber dem Vorjahr. — 4) Einschl. Hilfe bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung.

genommen, wobei die Betrachtung aus zwei Blickrichtungen erfolgen kann. So zeigt die Tabelle, wie sich die drei wesentlichen Hilfearten Ende 2001 auf Männer/Frauen, Deutsche/Nichtdeutsche bzw. Altersgruppen verteilten: Die Hilfe

4) Weitere Ergebnisse — auch in regionaler Gliederung — enthält der Statistische Bericht „Die Sozialhilfe in Hessen 2001 sowie Ergebnisse der Asylbewerberleistungstatistik, Teil 2: Empfänger“.

Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen in Hessen Ende 2001 nach ausgewählten Hilfearten¹⁾ und nach persönlichen Merkmalen

Merkmalsgliederung	Empfänger am Wohnort insgesamt	darunter erhielten					
		Hilfe zur Pflege		Eingliederungshilfe für Behinderte		Krankenhilfe ²⁾	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	85 407	18 853	100	26 820	100	41 149	100
Nach Geschlecht							
Männlich	40 827	5 274	28,0	16 120	60,1	20 282	49,3
Weiblich	44 580	13 579	72,0	10 700	39,9	20 867	50,7
Nach Staatsangehörigkeit							
Deutsch	63 572	17 783	94,3	25 485	95,0	21 293	51,7
Nichtdeutsch	21 835	1 070	5,7	1 335	5,0	19 856	48,3
Nach Altersgruppen							
Unter 18 Jahre	16 778	214	1,1	6 305	23,5	10 316	25,1
18 bis 29 Jahre	10 146	253	1,3	4 640	17,3	5 253	12,8
30 bis 49 Jahre	24 137	1 357	7,2	11 189	41,7	11 955	29,1
50 bis 64 Jahre	13 508	2 493	13,2	3 899	14,5	7 641	18,6
65 o. m. Jahre	20 838	14 536	77,1	787	2,9	5 984	14,5

1) Es können mehrere Hilfearten gleichzeitig gewährt werden. — 2) Einschl. Hilfe bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung.

zur Pflege kam beispielsweise — die demografischen Verhältnisse der Bevölkerung widerspiegelnd — zu fast drei Vierteln Frauen und zu über drei Vierteln Personen im Alter von mindestens 65 Jahren zugute, jedoch zu weniger als 6 % Nichtdeutschen. Relativ noch seltener erhielten Letztere Eingliederungshilfe für Behinderte, während sie nahezu die Hälfte aller Personen stellten, die Krankenhilfe bezogen.

Demgegenüber stellt das Schaubild auf Seite 317 dar, welche Personengruppen die verschiedenen Hilfen in welchem Umfang erhielten (Betrachtung nach der Fallzahl). Werden schon zwischen Männern und Frauen deutliche Differenzen sichtbar, besonders bei der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe für Behinderte, so verstärkt sich diese Kluft noch unter dem Aspekt der verschiedenen Staatsangehörigkeiten. Bei den Nichtdeutschen, die oft nicht krankenversichert sind, entfielen fast neun Zehntel aller HbL-Leistungen auf die Krankenhilfe, bei den Deutschen dagegen noch nicht einmal ein Drittel. Bei Letzteren stand dagegen die Eingliederungshilfe für Behinderte mit einem Anteil von reichlich 38 % im Vordergrund, während auf die Hilfe zur Pflege 27 % entfielen. Diese beiden zuletzt genannten Hilfearten spielten mit Anteilen von 6 bzw. 5 % bei den Nichtdeutschen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Der Blick auf die Altersgruppen zeigt nicht nur eine mit steigendem Alter stetige leichte Zunahme des Anteils der „sonstigen Hilfen“, sondern auf beeindruckende Weise die wachsende Bedeutung der Hilfe zur Pflege, die zwei Dritteln aller HbL-Empfänger ab 65 Jahren gewährt wurde und bei höherem Alter noch weiter an Gewicht gewinnt⁴⁾. □

Adoptionen 2001

Im Jahr 2001 wurden nur noch 418 Minderjährige als Kind angenommen, das war fast ein Drittel weniger als 1991. Damit wurde im vergangenen Jahr die niedrigste Zahl an Adoptionen seit 1950 — dem ersten Erhebungsjahr dieser Statistik nach dem Krieg — ermittelt. Im Jahr 1955 hatte es mit 1035 Adoptierten den bisherigen Höchststand gegeben. Danach wurde eine deutlich rückläufige Tendenz der Adoptionen festgestellt, die vor allem mit der demografischen Entwicklung in Zusammenhang steht: In den letzten 35 Jahren ging die Zahl der Geburten um mehr als ein Drittel zurück.

Verlagerung zu den Stiefeltern-/Verwandten-Adoptionen

Im Jahr 2001 wurden 215 Minderjährige durch Stiefeltern und 34 durch Verwandte adoptiert (Stiefeltern-/Verwandten-Adoptionen); das waren zusammen drei Fünftel aller in Hessen rechtskräftig abgeschlossenen Adoptionen. Demgegenüber wurden 169 oder zwei Fünftel der Kinder von familienfremden Personen angenommen (Fremdadoptionen). Im langfristigen Vergleich zeigt sich, dass der Anteil der Stiefeltern-/Verwandten-Adoptionen deutlich zugenommen hat. So waren 1970 nur knapp ein Drittel der Kinder durch Stief-

eltern oder Verwandte und gut zwei Drittel durch familienfremde Personen adoptiert worden. Ab 1985 überwogen die Adoptionen durch Stiefeltern oder Verwandte. Diese Entwicklung ist vor allem auf die deutlich gestiegene Scheidungsrate zurückzuführen.

Mehr ausländische Kinder adoptiert

228 oder 55 % der im Jahr 2001 adoptierten Minderjährigen waren Deutsche, während 190 oder 45 % eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen. Die Zahl der adoptierten ausländischen Kinder nahm gegenüber 1991 um fast ein Viertel zu, während sich die der Deutschen halbierte. 2001 wurden 74 oder fast zwei Fünftel der ausländischen Kinder zum Zwecke der Adoption ins Inland geholt; hierbei handelte es sich bei gut sieben Zehnteln der Fälle um Fremdadoptionen.

93 adoptierte Kinder und Jugendliche besaßen die Staatsangehörigkeit eines anderen europäischen Landes — vor allem von Russland (21) —, 54 kamen aus Asien — darunter 17 aus Vietnam —, 22 aus Afrika und 21 aus Amerika. Während der Anteil der zum Zwecke der Adoption ins Inland geholten Kinder bei den Adoptierten aus den anderen europäischen Ländern sowie aus Afrika mit jeweils rund einem Viertel relativ niedrig war, lag er bei den adoptierten Kindern aus Asien sowie aus Amerika mit jeweils rund drei Fünfteln weitaus höher.

Adoptierte Kinder werden immer älter

Die Untergliederung der angenommenen Kinder nach Altersjahren zeigt, dass das Durchschnittsalter der Kinder zum

Adoptierte Minderjährige in Hessen 1991 bis 2001 nach ausgewählten Merkmalen

Art der Angabe	1991		1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	
	Anzahl	%	Anzahl										%
Adoptierte Minderjährige insgesamt und zwar	616	100	616	684	576	557	550	550	520	432	453	418	100
nach der adoptierenden Person													
Verwandte	30	4,9	39	35	27	26	32	30	33	41	24	34	8,1
Stiefeltern	295	47,9	273	352	295	270	286	324	300	229	264	215	51,4
familienfremde Personen	291	47,2	304	297	254	261	232	196	187	162	165	169	40,4
nach der Nationalität													
Deutsche	462	75,0	462	505	413	423	379	378	352	255	283	228	54,5
Ausländer	154	25,0	154	179	163	134	171	172	168	177	170	190	45,5
nach dem Alter													
unter 3 Jahre	208	33,8	196	191	162	149	142	114	120	108	90	101	24,2
3 bis unter 6 Jahre	112	18,2	121	139	124	116	108	91	76	71	77	63	15,1
6 bis unter 12 Jahre	182	29,5	189	216	173	170	185	202	176	145	157	118	28,2
12 bis unter 18 Jahre	114	18,5	110	138	117	122	115	143	148	108	129	136	32,5
nach dem Geschlecht													
männlich	319	51,8	340	360	270	263	276	265	250	218	216	197	47,1
weiblich	297	48,2	276	324	306	294	274	285	270	214	237	221	52,9
Am Jahresende													
in Adoptionspflege untergebrachte Minderjährige	643	X	628	561	550	493	423	424	363	413	360	350	X
zur Adoptionsvermittlung vorgemerkte Minderjährige	51	X	64	91	118	115	80	68	54	38	51	54	X
vorhandene Adoptionsbewerber ¹⁾	1 604	X	2 319	2 182	1 734	1 368	1 321	1 511	1 322	1 206	1 053	1 007	X
Adoptionsbewerber je vorgemerktes Kind	31	X	36	24	15	12	17	22	24	32	21	19	X

1) Familien oder Einzelpersonen, für die ein Minderjähriger noch nicht vorgeschlagen werden konnte. Teilweise sind Doppelzählungen möglich.

Zeitpunkt der Adoption erheblich zugenommen hat. Das ist vor allem auf den deutlich gestiegenen Anteil der Stiefeltern-Adoptionen zurückzuführen. Im Jahr 2001 waren nur noch 24 % der adoptierten Minderjährigen unter drei Jahre und 15 % drei bis unter sechs Jahre alt. Damit befanden sich nur noch knapp zwei Fünftel der Kinder im Vorschulalter. Fast drei Zehntel waren bereits Schulkinder im Alter von sechs bis unter zwölf Jahren, und fast ein Drittel war im Alter von 12 bis unter 18 Jahren. Gegenüber 1991 hat die Zahl der Adoptionen von Kindern im Alter von unter zwölf Jahren kräftig abgenommen. Am stärksten war der Rückgang in der Altersgruppe der unter dreijährigen Kinder, wo sich die Zahl mehr als halbierte. Demgegenüber nahm im Betrachtungszeitraum die Zahl der adoptierten Kinder und Jugendlichen im Alter von 12 bis unter 18 Jahren sogar zu, und zwar um fast ein Fünftel. Hier handelt es sich zum weitaus größten Teil um Adoptionen durch Stiefeltern oder Verwandte.

Ende 2001 waren 350 Kinder und Jugendliche in „Adoptionspflege“ untergebracht, fast die Hälfte weniger als vor

zehn Jahren. Gemäß § 1744 BGB soll die Annahme als Kind in der Regel erst ausgesprochen werden, wenn der Annehmende das Kind eine angemessene Zeit (im Allgemeinen rund ein Jahr) in Pflege gehabt hat.

Ende 2001 gab es in Hessen 1007 Adoptionsbewerber (Familien oder Einzelpersonen), für die ein zu adoptierendes Kind noch nicht vorgeschlagen werden konnte; das waren 37 % weniger als Ende 1991. Demgegenüber waren weitaus weniger Kinder vorhanden, die zur Adoptionsvermittlung vorgemerkt waren. Ende 2001 wurden nur 54 Kinder registriert, sodass auf ein zur Adoption vorgemerktetes Kind fast 19 Bewerber kamen. Im Laufe des letzten Jahrzehnts schwankte dieser Wert zwischen 36 Bewerbern im Jahr 1992 und 12 im Jahr 1995. Diese Relation berücksichtigt jedoch nicht, dass Adoptionsbewerber bei mehreren Vermittlungsstellen registriert sein können. Familien und Einzelpersonen, die heute ein fremdes Kind adoptieren wollen, haben folglich im Allgemeinen mit langen Wartezeiten zu rechnen. □

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern*, für den *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, Preis für Einzelheft 6,00 Euro, Jahresabonnement (2 Hefte) 10,20 Euro (zzgl. Versandkosten).

Neu: Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe II/97)

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher. Preis: 6,00 Euro bei Einzellieferung; Jahresabonnement (2 Disketten) 10,20 Euro (zzgl. Versandkosten).

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

W-109

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

Daten zur Wirtschaftslage

Die preisbereinigten Auftragseingänge nach Gütern und Dienstleistungen der Betriebe des hessischen Verarbeitenden Gewerbes (einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden) nahmen im dritten Quartal 2002 gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres nur noch leicht um 0,6 % zu (Inland: - 2,9 %; Ausland: + 5,7 %). Positiv verlief die Entwicklung der Umsätze: Die von den Betrieben erwirtschafteten Umsätze nahmen um 2,1 % auf 21,1 Mrd. Euro zu (Inland: - 2,0 %; Ausland: + 9,0 %). Der Beschäftigtenabbau setzte sich jedoch weiter fort. Das hessische Bauhauptgewerbe musste im dritten Quartal 2002 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum einen erheblichen Nachfrageeinbruch sowie hohe Umsatzeinbußen hinnehmen. Der Personalabbau im Bauhauptgewerbe setzte sich im dritten Quartal 2002 beschleunigt fort. Das Hochbauvolumen nahm im dritten Quartal 2002 zu. Damit stieg es, bezogen auf den jeweiligen Vorjahreszeitraum, erstmals in diesem Jahr an. Von den zwei wichtigen Bauherrengruppen, Unternehmen und private Haushalte, beantragten die Unternehmen deutlich mehr Wohn- und Nutzfläche, während bei den privaten Haushalten erneut eine rückläufige Entwicklung bei der Flächennachfrage zu verzeichnen war. Die Umsätze im hessischen Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) gingen im dritten Quartal 2002 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal um etwas über 2 % zurück. Real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, war dies ein Rückgang von knapp 2 %. Die Abkühlung der konjunkturellen Lage (das reale Bruttoinlandsprodukt Hessens schrumpfte im ersten Halbjahr 2002 um 0,5 %) führte zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahl: Im Durchschnitt des dritten Quartals 2002 lag die Arbeitslosenzahl mit 211 100 um rund 14 100 oder 7 % über dem Wert des entsprechenden Vorjahresquartals. Das Preisklima verläuft sehr ruhig. Die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen gemessenen Verbraucherpreise waren im dritten Quartal 2002 nur noch um 1,1 % höher als im Vorjahreszeitraum. Im zweiten Quartal 2002 lag die Teuerungsrate noch bei 1,3 % und im ersten Quartal bei 1,9 %

Auslandsaufträge gleichen rückläufige Inlandsnachfrage aus

Die Anzeichen für eine nachhaltige Belebung der realen Nachfrage im Verarbeitenden Gewerbe haben sich verringert. Die *preisbereinigten Auftragseingänge* nach Gütern und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe haben im dritten Quartal im Vergleich zum Vorjahr nur um 0,6 % zugenommen. Im Vorquartal hatte der Anstieg im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit allerdings noch bei 2,1 % gelegen.

Auch im dritten Quartal stammte der Zuwachs der Nachfrage aus dem Ausland, die im Vergleich zum dritten Quartal des Vorjahres um 5,7 % zugenommen hat. Inländische Kunden bestellten dagegen um 2,9 % weniger als vor einem Jahr, doch hat deren „Bestellmüdigkeit“ leicht abgenommen.

Die Chemische Industrie konnte im dritten Quartal die günstigen Abschlüsse des zweiten Quartals nicht fortsetzen. Insgesamt wurden dort 1,4 % weniger Auftragseingänge verbucht als im dritten Quartal des Vorjahres. Dabei stammte der Rückgang von einer rückläufigen Inlandsnachfrage (- 4,3 %), während ausländische Besteller um 1,1 % mehr orderten als vor einem Jahr.

Auch der Maschinenbau, der im zweiten Quartal über eine zweistellige Zuwachsrate berichtet hatte, musste im dritten Quartal einen Auftragsrückgang hinnehmen (- 2,3 %), der gleichfalls von der rückläufigen Bestellaktivität inländischer Geschäftspartner stammte (- 5,8 %). Ausländische Kunden be-

stellten dagegen um 2,0 % mehr Maschinenbauprodukte als im dritten Quartal des Vorjahres.

Die Kraftfahrzeugbranche — die Hersteller von Kraftwagen und Kraftfahrzeugteilen — meldete dagegen einen Auftragsboom. Um 13 % nahmen die gesamten Auftragseingänge im Vergleich zum dritten Vorjahresquartal zu. Ausländische Kunden bestellten 21 % mehr, und aus dem Inland betrug der Nachfragezuwachs 4,0 %. Damit hat sich die bereits im zweiten Quartal spürbare Aufwärtsentwicklung verstärkt fortgesetzt.

Bei den Herstellern von Metallerzeugnissen, die bereits im zweiten Quartal Auftragsseinbußen hinnehmen mussten, verschlechterte sich die Auftragslage weiter. Der Rückgang der Bestellungen erreichte im dritten Quartal im Vergleich zum Vorjahr insgesamt 8,6 %, wobei der Rückgang der Inlandsgeschäfte mit 10 % noch dramatischer ausfiel als die gleichfalls negativen Auslandsbestellungen (- 2,4 %).

Beachtlicher Umsatzanstieg im Verarbeitenden Gewerbe . . .

Im dritten Quartal 2002 erwirtschaftete das Verarbeitende Gewerbe einen Umsatz in Höhe von 21,1 Mrd. Euro. 39 % davon wurden im Ausland erzielt. Von dort stammte auch der Wachstumsimpuls. Die Auslandsumsätze stiegen im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 9,0 %, während die Umsätze auf dem Inlandsmarkt um 2,0 % sanken. Daraus ergab sich im dritten Quartal für den Gesamtumsatz ein Plus im Vergleich zur gleichen Vorjahres-

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Volumenindex des Auftrags- einkangs ²⁾ 1995 = 100			Index des Auftrags- einkangs ⁴⁾ 1995 = 100	Beschäftigte	Index der Um- sätze ⁵⁾ 2000 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung ⁶⁾ 1995 = 100	Arbeits- lose ⁸⁾	Arbeits- lose ⁹⁾	Offene Stellen ¹⁰⁾	Kurz- arbeit (Personen) 10)	
	Ins- gesamt	Inland	Ausland									
	Grundzahlen ¹¹⁾											
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 707	86,6	37 865	.	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
2000 D	105,2	96,3	121,7	459 468	85,1	35 786	.	107,0	214 875	8,1	37 527	5 156
2001 D	102,9	93,2	120,7	458 450	81,4	33 213	98,8	109,3	200 533	7,4	37 692	7 822
2001 August	100,1	94,4	110,5	461 085	109,0	33 794	93,9	109,8	195 780	7,2	37 727	4 893
September	100,7	91,5	117,7	460 653	109,4	33 624	92,0	109,9	194 050	7,1	36 289	5 838
3. Vj. D	101,1	92,7	116,7	460 735	96,0	33 565	93,2	109,9
Oktober	102,6	93,8	118,8	458 130	64,2	33 341	101,0	109,3	195 656	7,1	32 366	7 461
November	103,7	94,6	120,4	455 804	72,1	32 618	105,7	109,2	198 272	7,2	30 008	10 015
Dezember	97,8	85,6	120,3	452 949	64,0	32 049	107,5	109,2	207 134	7,6	29 674	19 108
4. Vj. D	101,4	91,3	119,8	455 628	66,8	32 669	104,7	109,2
2002 Januar	95,6	85,9	113,6	449 352	49,0	31 114	87,3	110,4	223 585	8,2	32 491	21 481
Februar	93,7	81,4	116,3	448 085	53,7	30 689	86,0	110,7	222 906	8,1	36 988	25 716
März	99,8	89,0	119,7	446 770	86,9	30 701	105,1	110,9	215 942	7,9	38 957	25 741
1. Vj. D	96,4	85,4	116,5	448 069	63,2	30 835	92,8	110,7
April	103,4	91,3	125,8	444 914	81,1	31 075	103,0	110,9	211 836	7,7	37 906	24 566
Mai	103,5	86,1	135,4	443 855	70,3	30 914	95,3	110,9	209 604	7,6	34 658	13 675
Juni	101,7	87,3	128,1	443 552	96,2	30 422	92,5	110,8	209 772	7,6	32 843	12 680
2. Vj. D	102,9	88,2	129,8	444 107	82,5	30 804	96,9	110,9
Juli	106,9	94,7	129,2	445 106	72,0	30 118	94,8	111,2	214 374	7,8	30 243	7 987
August	96,4	87,2	113,4	445 420	75,9	30 567	89,4	111,0	210 290	7,6	28 660	8 876
September	101,8	86,0	127,4	444 496	71,2	30 649	92,4	111,0	207 551	7,5	27 021	9 389
3. Vj. D	101,7	90,0	123,3	445 007	73,0	30 445	92,2	111,1
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,1	4,2	- 6,5	.	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
2000 D	6,7	3,7	11,4	- 1,1	- 1,7	- 5,5	.	1,9	- 10,2	.	22,4	- 19,4
2001 D	- 2,2	- 3,2	- 0,8	- 0,2	- 4,4	- 7,2	.	2,1	- 6,7	.	0,4	51,7
2001 August	- 5,0	- 8,1	0,0	- 0,2	46,1	- 5,9	.	2,3	- 5,3	.	- 2,0	9,1
September	- 10,8	- 9,7	- 12,4	- 0,3	- 1,1	- 6,3	.	1,9	- 3,5	.	- 4,9	18,6
3. Vj. D	- 4,8	- 6,6	- 2,0	- 0,1	0,1	- 6,4	.	2,2
Oktober	- 5,2	- 2,8	- 8,5	- 0,7	- 25,0	- 7,6	.	1,7	- 0,4	.	- 9,5	56,0
November	- 5,7	- 5,3	- 6,4	- 1,1	- 5,1	- 8,7	.	1,4	1,6	.	- 14,1	121,7
Dezember	- 1,7	- 5,1	3,1	- 1,3	- 16,0	- 8,2	.	1,5	3,4	.	- 15,2	322,5
4. Vj. D	- 4,2	- 4,4	- 4,2	- 1,0	- 15,8	- 8,2	.	1,5
2002 Januar	- 7,4	- 8,0	- 6,3	- 1,9	- 24,2	- 7,5	- 4,6	2,1	5,8	.	- 13,7	251,1
Februar	- 11,0	- 9,7	- 12,6	- 2,2	- 14,1	- 7,7	- 5,6	1,7	5,8	.	- 10,9	205,0
März	- 14,2	- 18,0	- 8,3	- 2,7	8,0	- 7,5	- 4,1	1,8	5,7	.	- 9,7	215,5
1. Vj. D	- 11,0	- 12,2	- 9,2	- 2,3	- 8,7	- 7,6	- 4,7	1,9
April	7,8	2,5	15,9	- 2,9	6,6	- 7,0	2,2	1,6	5,5	.	- 11,6	248,5
Mai	0,0	- 8,9	12,7	- 3,2	- 32,4	- 6,7	- 7,7	1,2	7,9	.	- 16,2	111,6
Juni	- 1,3	- 4,0	2,4	- 3,6	- 4,4	- 8,4	- 3,3	0,9	5,9	.	- 16,7	129,4
2. Vj. D	2,1	- 3,6	10,1	- 3,2	- 11,9	- 7,4	- 3,0	1,3
Juli	4,2	2,8	5,9	- 3,3	3,3	- 9,5	1,2	1,2	7,6	.	- 19,5	66,5
August	- 3,7	- 7,6	2,6	- 3,4	- 30,3	- 9,5	- 4,8	1,1	7,4	.	- 24,0	61,4
September	1,1	- 3,8	8,2	- 3,5	- 34,9	- 8,8	0,4	1,0	7,0	.	- 25,5	60,6
3. Vj. D	0,6	- 2,9	5,7	- 3,4	- 24,0	- 9,3	- 1,1	1,1
Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
2001 August	- 2,4	2,5	- 9,4	0,1	56,4	1,6	0,2	- 0,1	- 1,7	.	0,4	2,0
September	0,6	- 3,1	6,5	- 0,1	0,4	- 0,5	- 2,0	- 0,5	- 0,9	.	- 3,8	19,3
3. Vj. D	0,3	1,3	- 1,0	0,4	2,6	0,9	- 6,7	0,4
Oktober	1,9	2,5	0,9	- 0,5	- 41,4	- 0,8	9,8	- 0,5	0,8	.	- 10,8	27,8
November	1,1	0,9	1,3	- 0,5	12,4	- 2,2	4,7	- 0,1	1,3	.	- 7,3	34,2
Dezember	- 5,7	- 9,5	- 0,1	- 0,6	- 11,2	- 1,7	1,7	0,0	4,5	.	- 1,1	90,6
4. Vj. D	0,3	- 1,5	2,7	- 1,1	- 30,4	- 2,7	12,3	- 0,6
2002 Januar	- 2,2	0,4	- 5,6	- 0,8	- 23,5	- 2,9	- 18,8	1,1	7,9	.	9,5	12,4
Februar	- 2,0	- 5,2	2,4	- 0,3	9,6	- 1,4	- 1,5	0,3	- 0,3	.	13,8	19,7
März	6,5	9,3	2,9	- 0,3	61,6	0,0	22,2	0,2	- 3,1	.	5,3	0,1
1. Vj. D	- 4,9	- 6,5	- 2,8	- 1,7	- 5,4	- 5,6	- 11,4	1,4
April	3,6	2,6	5,1	- 0,4	- 6,6	1,2	- 2,0	0,0	- 1,9	.	- 2,7	- 4,6
Mai	0,1	- 5,7	7,6	- 0,2	- 13,3	- 0,5	- 7,5	0,0	- 1,1	.	- 8,6	- 44,3
Juni	- 1,7	1,4	- 5,4	- 0,1	36,8	- 1,6	- 2,9	- 0,1	0,1	.	- 5,2	- 7,3
2. Vj. D	6,7	3,2	11,4	- 0,9	30,5	- 0,1	4,4	0,2
Juli	5,1	8,5	0,9	0,4	- 25,2	- 1,0	2,5	0,4	2,2	.	- 7,9	- 37,0
August	- 9,8	- 7,9	- 12,2	0,1	5,5	1,5	- 5,7	- 0,2	- 1,9	.	- 5,2	11,1
September	5,6	0,9	12,3	- 0,2	- 6,2	0,3	3,4	0,0	- 1,3	.	- 5,7	5,6
3. Vj. D	- 1,2	2,0	- 5,0	0,2	- 11,5	- 1,2	- 4,9	0,2

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

zeit von 2,1 %. Im zweiten Quartal hatte das günstige Auslandsgeschäft zum Ausgleich der rückläufigen Inlandsentwicklung nicht ausgereicht: Der Gesamtumsatz unterschritt das entsprechende Vorjahresergebnis um 0,3 %.

Die Chemische Industrie konnte im dritten Quartal einen Gesamtumsatz von 4,2 Mrd. Euro erwirtschaften. Der Auslandsanteil daran belief sich auf 59 %. Sowohl rückläufige Inlands- wie Auslandsumsätze bestimmten im dritten Quartal die Entwicklung. Insgesamt musste im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit ein Umsatzminus von 8,1 % hingenommen werden. Es setzte sich aus einem Rückgang der Auslandsumsätze um 8,7 % und 7,1 % weniger Inlandsumsätzen zusammen. Damit setzte sich die rückläufige Entwicklung des zweiten Quartals (- 6,0 %) fort, die allerdings ebenso wie die aktuelle Entwicklung auch durch Betriebsverlagerungen bestimmt wurde, die zu Jahresbeginn erfolgt waren.

Der Maschinenbau setzte im dritten Quartal 2,6 Mrd. Euro um. Daran hatten ausländische Kunden einen Anteil von 49 %. Die bereits im zweiten Quartal spürbare Aufwärtsentwicklung der Maschinenbauumsätze setzte sich im dritten Quartal verstärkt fort. Der Gesamtumsatz stieg im Vergleich zum dritten Vorjahresquartal um 14 %, wobei aus dem Ausland ein Zuwachs von 27 % und aus dem Inland eine Steigerung der Umsätze um 4,7 % stammte.

Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen konnten im dritten Quartal einen Gesamtumsatz von 2,8 Mrd. Euro verbuchen. Knapp die Hälfte (49 %) davon wurden auf ausländischen Märkten erwirtschaftet. Der bescheidene Umsatzanstieg des zweiten Quartals konnte im dritten beachtlich gesteigert werden. Insgesamt wurde ein Umsatzzuwachs im Vergleich zum dritten Quartal des Vorjahres um 23 % erzielt, wobei im Ausland 30 % mehr Umsatz verbucht wurde als vor Jahresfrist, und auch im Inland ein beachtliches Plus von 16 % registriert wurde.

Von den 1,5 Mrd. Euro Gesamtumsatz, den die Hersteller von Metallerzeugnissen im dritten Quartal erzielten, stammten nur 23 % aus Geschäften mit ausländischen Kunden. Doch diese Geschäfte, die um einen Umsatzzuwachs von 3,3 % ausgeweitet werden konnten, verhinderten, dass sich das Minus der Inlandsgeschäfte (- 5,8 %) nicht noch stärker auf das Gesamtergebnis auswirkte (- 3,9 %).

... und dennoch fortgesetzter Beschäftigtenabbau

Gut 445 000 *Beschäftigte* wurden im Durchschnitt des dritten Quartals im Verarbeitenden Gewerbe gezählt, das waren weitere 3,4 % weniger als im Durchschnitt des entsprechenden Vorjahresquartals. Im zweiten Quartal hatte der Rückgang 3,2 % betragen. Alle großen Branchen bauten Personal ab.

Die Chemische Industrie meldete im Durchschnitt des dritten Quartals knapp 63 000 Beschäftigte. Das waren 2,6 % weniger als vor einem Jahr. Im zweiten Quartal hatte der Beschäftigtenabbau 2,5 % betragen.

Im Maschinenbau arbeiteten im Durchschnitt des dritten Quartals noch knapp 61 500 Beschäftigte. Auch deren Zahl wurde im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 2,2 % vermindert, wodurch sich die rückläufige Entwicklung des Vorquartals (- 3,1 %) — wenn auch abgeschwächt — fortsetzte.

Mit knapp 56 630 Beschäftigten meldeten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im Durchschnitt des dritten Quartals ebenfalls 4,2 % weniger Personal als im Durchschnitt des dritten Vorjahresquartals. Der Beschäftigtenabbau hat sich dort im Vergleich zu den Vorquartalen sogar noch beschleunigt.

Unter den großen Branchen meldeten die Hersteller von Metallerzeugnissen, die im Durchschnitt des dritten Quartals noch gut 37 520 Beschäftigte zählten, die stärkste Beschäftigtenreduzierung. Sie betrug im Vergleich zum dritten Quartal des Vorjahres - 5,3 % und übertraf damit den bereits recht hohen jährlichen Abbau des zweiten Quartals.

Weiterer erheblicher Nachfrageeinbruch im Baugewerbe . . .

Die Nachfrage nach Leistungen des hessischen Bauhauptgewerbes ist im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 24 % gesunken. Im ersten Quartal hatte der Rückgang noch 8,7 % und im zweiten 12 % betragen. Alle Bauarten waren von dem Rückgang im dritten Quartal betroffen. Besonders gravierend war der Nachfrageausfall im Hochbau mit 41 %. Dabei betrug der Einbruch der Auftragseingänge im gewerblichen und industriellen Hochbau 48 %, um 25 % gingen die Auftragseingänge im Vergleich zum dritten Vorjahresquartal im Wohnungsbau und um 12 % im öffentlichen und Verkehrshochbau zurück. Im Tiefbau betrug die jährliche Abnahmerate der Auftragseingänge 5,0 %. Dass sie bei einem Rückgang der Nachfrage nach Leistungen für den Straßenbau um 19 % nicht noch größer waren, lag ausschließlich am gewerblichen und industriellen Tiefbau, der im dritten Quartal 17 % mehr Aufträge verbuchen konnte als im dritten Vorjahresquartal. Der öffentliche und Verkehrstiefbau meldete einen Rückgang seiner Auftragseingänge um 3,3 %.

... mit unverändert hohen Umsatzeinbußen . . .

Im dritten Quartal erwirtschaftete das hessische Bauhauptgewerbe einen Umsatz von 1,1 Mrd. Euro. Das waren weitere 3,5 % weniger als im dritten Quartal des Vorjahres. Im ersten Quartal hatte der Umsatzrückgang 14 % und im zweiten 7,6 % betragen.

Im gewerblichen und industriellen Tiefbau musste ein Umsatzrückgang von 14 % hingenommen werden. Auch im Wohnungsbau wurde im dritten Quartal um 13 % weniger umgesetzt als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der gewerbliche und industrielle Hochbau meldete einen Umsatzrückgang um 3,8 %.

Der öffentliche und Verkehrsbau konnte im dritten Quartal 3,8 % mehr Umsatz erzielen als vor einem Jahr. Die Zunahme stammte von einem Umsatzplus im Straßenbau (+ 8,6 %) und 14 % mehr Umsatz im sonstigen Tiefbau. Im öffentlichen und Verkehrshochbau musste dagegen im dritten Quartal im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit ein Umsatzminus von 32 % hingenommen werden.

. . . und nochmals steigenden Beschäftigeneinbußen

Im Durchschnitt des dritten Quartals arbeiteten im hessischen Bauhauptgewerbe noch knapp 30 500 Beschäftigte. Das waren weitere 9,3 % weniger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Im ersten Quartal hatte der Beschäftigtenabbau 7,6 % und im zweiten 7,4 % betragen.

Wieder waren alle Beschäftigtenarten von Freisetzungen betroffen. Vor allem die Zahl der tätigen Inhaber ging um 17 % zurück. Die ausländischen Arbeitnehmer folgten mit einem Rückgang von 16 %. Bei Fachwerkern, Werkern und sonstigen Beschäftigten belief sich der Rückgang der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit auf 12 %, 8,7 % waren es bei Facharbeitern, Polieren und Meistern, und auch die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten wurde um 7,3 % reduziert. Die Zahl der gewerblichen Auszubildenden ging im dritten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 15 % zurück.

Hochbauvolumen unterbricht Talfahrt

Im dritten Quartal 2002 gaben die hessischen Bauaufsichtsbehörden 1,7 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Das waren im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal über 13 % mehr. Die Kosten wurden von den Bauherren mit fast 1,7 Mrd. Euro veranschlagt, was einem Anstieg um 24 % entsprach. Damit nahm das *Hochbauvolumen* erstmals in diesem Jahr, bezogen auf den jeweiligen Vorjahreszeitraum, zu.

Von Bedeutung für die Hochbautätigkeit sind besonders zwei Bauherrngruppen, nämlich Unternehmen und private Haushalte, da von ihnen zusammen fast 95 % des Bauvolumens beantragt werden. Im dritten Vierteljahr 2002 ließ sich die Bauherrngruppe der Unternehmen, zu der neben Unternehmen der Wirtschaft noch Immobilienfonds und Wohnungsunternehmen gezählt werden, insgesamt reichlich 1 Mill. m² Wohn- und Nutzfläche genehmigen. Das waren 30 % mehr als im Vergleichszeitraum. Die Unternehmen beantragten vor allem zusätzliche Flächen in Nichtwohngebäu-

den (+ 36 %, gemessen am gleichen Quartal des Vorjahres); sie steigerten aber auch ihre Nachfrage nach Flächen im Wohnbau (+ 17 %). Die Zunahme der veranschlagten Kosten für die geplanten Bauten verlief fast proportional dazu. Insgesamt bezifferten die Unternehmen die Kosten auf 900 Mill. Euro, davon 644 Mill. Euro im Nichtwohnbau und 256 Mill. Euro im Wohnbau. Insgesamt stieg damit das voraussichtliche Investitionsvolumen um 34 % gegenüber dem dritten Vierteljahr 2001. Bei den privaten Haushalten war ein weiteres Mal eine rückläufige Entwicklung bei der Flächen-nachfrage (- 9,9 %) und dem Investitionsbedarf (- 9,8 %) zu verzeichnen. Genehmigt wurden 554 000 m² Wohn- und Nutzfläche mit einem Kostenvolumen von 530 Mill. Euro. Der Schwerpunkt der geplanten Bauinvestitionen verlagerte sich damit deutlich hin zur Bauherrngruppe der Unternehmen. Mit 61 % der freigegebenen Flächen und 54 % der veranschlagten Kosten planten die Unternehmen den größten Anteil. Danach folgten private Haushalte mit einem Anteil von 33 % an den Wohn- und Nutzflächen und von 32 % an den veranschlagten Kosten. Die an Hundert fehlenden Prozentpunkte teilen sich jeweils öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Verschiebung der Anteilwerte ist auch Resultat des seit geraumer Zeit geänderten Nachfrageverhaltens in den Bauherrngruppen. Während die Bauherrngruppe der Unternehmen trotz einiger Schwankungen in den letzten Jahren ihren Bedarf überwiegend steigerte, ging das Genehmigungsvolumen bei den privaten Haushalten sukzessive zurück.

Im *Wohnbausegment* wurden von den Baubehörden im dritten Quartal 2002 mit rund 5540 Wohnungen 7,3 % mehr Wohnungen zum Neu- oder Umbau freigegeben als im Vergleichsvierteljahr des Vorjahres. Die Wohnfläche in den Wohnungen ging allerdings leicht um 2,0 % auf 608 000 m² zurück; die Kosten wurden mit 759 Mill. Euro um 3,1 % höher veranschlagt. In diesem Zeitraum wurden damit für eine im Durchschnitt 110 m² große Wohnung 137 000 Euro an reinen Baukosten angesetzt. Beachtlich war der Zuwachs bei den Zweifamilienhäusern (+ 31 % bzw. + 298 Wohnungen). Die vermehrte Baugenehmigungsnachfrage bei den Unternehmen beeinflusste ebenfalls das Ergebnis, besonders bei der Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden mit drei oder mehr Wohnungen. Dort wurden in den Monaten Juli bis September 2002 389 bzw. 22 % mehr Wohnungen genehmigt als ein Jahr davor. Da im so genannten Geschosswohnbau zum überwiegenden Teil Wohnungsbauunternehmen oder Immobilienfonds tätig werden, kann davon ausgegangen werden, dass die von diesen Bauherren geplanten Investitionen in Wohnbausektor hier wirksam werden. Bei den Einfamilienhäusern wurde dagegen eine kräftige Abnahme um 22 % ausgewiesen.

Im *Nichtwohnbau* stieg das Nachfragevolumen im dritten Quartal 2002 überproportional an. Es wurde mit 864 000 m² Nutzfläche 32 % mehr Flächenbedarf angemeldet als in den

drei Vergleichsmonaten des Vorjahres. Die veranschlagten Kosten stiegen sogar um 49 % auf 910 Mill. Euro. Zusätzlicher Flächenbedarf konnte bei allen Gebäudearten, außer bei Hotels und Gaststätten (- 57 %) sowie landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden (- 3,9 %), ermittelt werden. Außergewöhnlich hohe Zuwächse gab es mit einer reichlichen Verdopplung der genehmigten Flächen bei Fabrik- und Werkstattgebäuden, einer Steigerung um 58 % bei Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie um 39 % bei sonstigen Nichtwohngebäuden (hierzu zählen z. B. Schul- und Hochschulgebäude, Museen, Theater, Kirchen oder Sportgebäude). Diese Entwicklung wird von den veranschlagten Kosten nachvollzogen: Hotel und Gaststätten - 66 %, landwirtschaftliche Betriebsgebäude - 29 %, Fabrik- und Werkstattgebäude + 78 %, Büro- und Verwaltungsgebäude + 45 % sowie sonstige Nichtwohngebäude + 220 %.

Einzelhandel steckt im Tunnel

Die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler (ohne Kfz-Handel und Tankstellen) gingen im dritten Vierteljahr 2002 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nominal um etwas über 2 % zurück. Real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, war dies ein Rückgang von knapp 2 %.

Mehr in ihren Kassen hatten weiterhin die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal + 3 und real + 4 %). Der sonstige Facheinzelhandel befand sich mit nominal - 6 und real - 7 % im deutlichen Abschwung. Lediglich der dem Heimwerkerbereich zuzuordnende Einzelhandel steigerte seinen Umsatz, und zwar nominal und real um etwas über 6 %. Bei der vom Umsatzanteil her bedeutendsten Branche, dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören —, sanken die Umsätze im dritten Vierteljahr 2002, verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum 2001, nominal und real um etwas über 1 %. Rückläufig waren auch die Umsätze beim Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal - 0,1 und real - 2 %). Der Einzelhandel, der — wie z. B. der Versandhandel — seine Waren nicht in Ladengeschäften anbietet, hatte nominal zwar 1 % weniger in den Kassen. Real war es aber — hier zeigt sich offensichtlich eine deflationäre Tendenz — ein Plus von annähernd 2 %.

Die flauere Konjunktur im Einzelhandel führte dort zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung. Sie ging im Vergleichszeitraum um 3 % zurück.

Arbeitsmarkt krankt unter konjunktureller Abkühlung

Im dritten Quartal 2002 meldeten sich in Hessen 115 400 Personen arbeitslos. Das waren 15 100 oder 15 % mehr als in den Monaten Juli bis September 2001. Zu erhöhten Arbeitslosmeldungen kam es vor allem bei Personen, die zuvor einer Erwerbstätigkeit nachgegangen waren (+ 8900 oder + 20 %).

Das lag an einer leichten gesamtwirtschaftlichen Rezession, die Hessens reales Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2002 um einen halben Prozentpunkt schrumpfen ließ. Deshalb wurden nicht nur in Branchen des Produzierenden Gewerbes wie dem Baugewerbe, sondern auch in Dienstleistungsbereichen wie dem Handel, Teilen des Kreditgewerbes und der Nachrichtenübermittlung Arbeitsplätze abgebaut. Arbeitslosmeldungen von Personen, die zuvor keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen waren, wiesen nach drei Quartalen mit rückläufigen Ergebnissen im Berichtszeitraum nun wieder eine deutlich steigende Tendenz (+ 5800 oder + 11 %) auf.

Den 115 400 Arbeitslosmeldungen standen im dritten Quartal nur 46 900 den hessischen Arbeitsämtern als offenen gemeldete Stellen gegenüber. Das waren 25 600 oder 35 % weniger Stellenmeldungen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die hessische Arbeitsverwaltung konnte 25 700 Arbeitssuchende auf einen Dauerarbeitsplatz unterbringen. Damit wurde das Vermittlungsergebnis aus dem dritten Quartal 2001 um 24 100 oder 48 % verfehlt. Insgesamt schieden im Berichtszeitraum 117 700 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 13 200 oder nahezu 13 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Durchschnitt der Monate Juli bis September 2002 wurden 211 100 Arbeitslose registriert, 14 100 oder 7 % mehr als vor Jahresfrist. Dagegen haben die Unternehmen — wie zu Beginn einer Rezessionsphase sonst üblich — ihre Personalkapazitäten nicht durch umfangreiche Kurzarbeit an die veränderte Auftragslage angepasst. Denn die Zahl der Kurzarbeiter stieg von 5200 im dritten Quartal 2001 nur um 3600 auf 8800 im Berichtszeitraum.

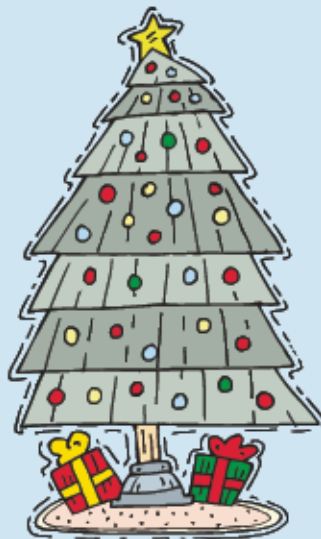
Verbraucherpreise nur noch 1,1 % höher als vor Jahresfrist

Die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen gemessenen Verbraucherpreise waren im dritten Quartal nur noch um 1,1 % höher als ein Jahr zuvor. Dies war der geringste Anstieg für ein Quartal seit drei Jahren. Im zweiten Quartal 2002 hatte die entsprechende Teuerungsrate noch 1,3 % und im ersten Quartal 1,9 % betragen. Innerhalb des Berichtszeitraums ließ die Teuerung weiter nach: Im Juli war der Preisindex noch um 1,2 %, im August um 1,1 % und im September nur noch um 1,0 % höher als ein Jahr zuvor. Im Durchschnitt waren die Preise für Kleidung und Schuhe im dritten Quartal um 0,5 % und die für Nahrungsmittel um 0,8 % niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Preise für Rindfleisch gingen dabei um 1,6 %, für Schweinefleisch um 6,0 % und für Fleisch- und Wurstwaren (einschl. Innereien) um 2,6 % zurück. Im gleichen Zeitraum sanken sie für Obst um 2,5 % sowie Salat und Gemüse (einschl. Kartoffeln) um 5,2 %. Die Gaspreise ließen um 7,9 %, die für leichtes Heizöl um 12,5 % und die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme um 8,2 % nach,

während die Strompreise um 7,2 % stiegen. Wohnungsmieten (ohne Nebenkosten und ohne Heizung) waren im dritten Quartal dieses Jahres um 2,5 %, die Kraftstoffpreise um 4,1 % und die für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen um 4,3 % höher als vor Jahresfrist.

Zu Beginn des vierten Quartals zog die Jahresteuierung wieder an: Der Preisindex war im Oktober zwar um 0,1 % niedriger als im Vormonat, aber auf Grund eines Basiseffektes im Zusammenhang mit den Energiepreisen um 1,5 % höher als ein Jahr zuvor .□

*Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern
ein frohes und friedvolles Weihnachtsfest
und alles Gute im Neuen Jahr!*



- In den ersten neun Monaten des Jahres 2002 meldeten die **Beherbergungsbetriebe** mit neun oder mehr Betten in Hessen 7,3 Mill. Ankünfte und 18,9 Mill. Übernachtungen. Dies waren etwas über 2 % weniger Gäste und annähernd 5 % weniger Übernachtungen als im gleichen Zeitraum des Jahres 2001. Während sich die Zahl der Ankünfte von Gästen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland um 2 % auf 5,5 Mill. verminderte, sank die Zahl der Ankünfte aus dem Ausland um 3 % auf 1,9 Mill. Bei den Übernachtungen machte sich die flauere Konjunktur noch deutlicher bemerkbar. Die Zahl der von Inländern gebuchten Übernachtungen ging um fast 5 % auf 15,4 Mill. zurück, bei den Gästen aus dem Ausland war es ein Minus von 4 % auf 3,6 Mill. Positiv wirkte sich die *documenta* aus. So stieg in der Stadt Kassel und im Landkreis Kassel die Zahl der Ankünfte im Vergleichszeitraum um 19 beziehungsweise 11 %; bei den Übernachtungen gab es einen Zuwachs von 20 beziehungsweise annähernd 4 %. Hierzu haben besonders die Gäste aus dem Ausland beigetragen.

- Die **Binnenschifffahrt** in der umgeschlagene Gütermenge nahm in den ersten acht Monaten des Jahres 2002 weiter ab. In den hessischen Häfen, Lösch- und Ladestellen wurden im genannten Zeitraum insgesamt 9,1 Mill. t Güter ein- oder ausgeladen, 8,5 % weniger als von Januar bis August 2001. Zwar blieb das Versandvolumen mit 1,6 Mill. t auf dem Niveau des Vorjahres, das Volumen der empfangenen Güter sank jedoch um 10 % auf 7,5 Mill. t. Unter den wichtigsten Massengütern ging der Umschlag von festen mineralischen Brennstoffen (vor allem Steinkohle und -briketts) um 13 % auf 1,3 Mill. t zurück. Ebenfalls sank der Umschlag von Erdöl, Mineralölerzeugnissen und Gasen, und zwar um 12 % auf 2,7 Mill. t. Bei den Steinen und Erden (wie Sand, Kies, Zement und Kalk) betrug der Rückgang sogar 16 % auf gleichfalls 2,7 Mill. t.

- In den ersten neun Monaten des Jahres 2002 verloren 365 Menschen durch **Verkehrsunfälle** auf Hessens Straßen ihr Leben. Das waren 24 Getötete oder 6 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Es kam von Januar bis September 2002 zu insgesamt 19 900 Unfällen, bei denen Menschen verletzt oder getötet wurden. Das war ein halbes Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Neben den Getöteten wurden noch knapp 26 700 Personen verletzt, wobei sowohl die Zahl der Schwerverletzten (4700) als auch die der Leichtverletzten (21 900) um 1 % sank.

- Die 33 hessischen **Volkshochschulen** mit ihren 345 Außenstellen führten 2001 fast 43 200 Kurse mit knapp 1,3 Mill. Unterrichtsstunden durch, an denen sich insgesamt 353 000 Frauen und 124 000 Männer beteiligten. Somit betrug der Frauenanteil wie in den Vorjahren 74 %.

Aus den Unterlagen des Hessischen Volkshochschulverbandes geht hervor, dass die Zahl der Kursteilnehmer um 1 % und die Zahl der Unterrichtsstunden um knapp 3 % niedriger waren als im Vorjahr. Ein knappes Drittel aller Kursteilnehmer (147 700 Personen) belegten Sprachkurse. Hohes Interesse fanden auch Kurse des Programmbereichs Gesundheit, an denen 135 000 Personen teilnahmen. Neben Kursen fanden noch 2900 Einzelveranstaltungen, Vortragsreihen und Studienreisen mit 104 200 Teilnehmern statt. Des Weiteren wurden 720 Bildungsurlaubveranstaltungen mit 7200 teilnehmenden Personen abgehalten. Insgesamt nutzten knapp 600 000 Personen und damit etwa 10 % der hessischen Bevölkerung das Weiterbildungsangebot der Volkshochschulen. Die Ausgaben für das VHS-Angebot beliefen sich 2001 auf 79,5 Mill. Euro, wovon 57,5 Mill. auf Personalkosten entfielen. Das sind die bisher zweithöchsten Ausgaben überhaupt; sie lagen um knapp 1 Mill. Euro über dem Vorjahreswert, waren jedoch 4,6 Mill. Euro niedriger als 1999. Finanziert wurde die Arbeit der Volkshochschulen insbesondere durch kommunale Zuschüsse in Höhe von 30,3 Mill. Euro sowie durch Teilnehmergebühren (30 Mill. Euro).

Zahlen für Hessen

Neuaufgabe des Falblattes „Hessen in Zahlen“ erschienen

Ausgewählte Daten über Bevölkerung und Wirtschaft in Hessen bietet das in seiner 23. Auflage erschienene Falblatt „Hessen in Zahlen“. Dieser vom Hessischen Statistischen Landesamt in Wiesbaden herausgegebene statistische Zahlenspiegel bietet wieder einen kleinen, interessanten Ausschnitt aus dem reichhaltigen Datenmaterial der amtlichen Statistik Hessens. Neben Daten aus dem Jahr 2001 über Bevölkerung, Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Unterricht und Bildung, Wirtschaft, Bautätigkeit, Verkehr, Wirtschaftskraft sowie öffentliche Finanzen sind auch Vergleichszahlen der Jahre 1999 und 2000 enthalten.

Das Falblatt wird vom Hessischen Statistischen Landesamt kostenlos abgegeben; es ist besonders zur Auslage an Stellen mit Publikumsverkehr geeignet. Anforderungen mit Mengenangaben richten Sie bitte an:

**Hessisches Statistisches Landesamt,
Pressestelle, 65175 Wiesbaden.**

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		März	April	Mal	Febr.	März	April	Mal
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6 068,1 ¹⁾	6 077,8 ¹⁾	6 069,3	6 070,5	6 072,4	6 078,5	6 079,1	6 080,8	6 082,5
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	2 718	2 486	1 686	1 784	3 277	1 873	1 684	1 785	3 677
* Lebendgeborene auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,4	4,9	3,3	3,6	6,4	4,0	3,3	3,6	7,1
* Gestorbene (ohne Totgeborene) auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4 901	4 686	4 475	4 305	5 001	4 094	4 530	4 843	4 406
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene auf 1000 Lebendgeborene	"	9,7	9,3	8,7	8,6	9,7	8,8	8,8	9,7	8,5
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-) auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5 029	4 948	5 172	4 840	5 244	4 618	5 094	5 519	4 852
	"	10,0	9,8	10,0	9,7	10,2	9,9	9,9	11,0	9,4
	"	21	19	15	22	23	16	20	23	19
	"	4,4	4,2	3,4	5,1	4,6	3,9	4,4	4,7	4,3
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 134	14 598	14 065	13 915	13 983	11 708	12 420	13 983	12 256
* darunter aus dem Ausland	"	6 178	6 442	6 572	6 151	6 398	5 368	5 598	6 296	5 512
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 659	13 528	13 030	12 200	11 877	11 083	11 220	11 637	10 070
* darunter in das Ausland	"	5 572	6 209	6 087	5 382	5 745	5 006	4 927	4 798	4 123
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 474	1 070	1 035	1 715	2 106	625	1 200	2 346	2 186
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	18 349	17 943	17 202	17 168	17 304	15 306	15 768	18 008	15 783
		2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		August	Sept.	Okt.	Juli	August	Sept.	Okt.
ARBEITSMARKT³⁾										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	214 875	200 533	195 780	194 050	195 656	214 374	210 290	207 551	208 750
* darunter Frauen	"	98 519	89 647	89 463	88 224	88 527	93 520	91 381	89 971	90 492
* Männer	"	118 356	110 886	106 317	105 826	107 129	120 854	118 909	117 580	118 258
* Ausländer	"	45 177	42 684	41 127	41 517	42 737	43 574	43 337	43 634	44 289
* Jüngere unter 25 Jahren	"	22 430	22 023	23 273	22 321	21 554	28 263	27 250	25 330	23 615
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	8,1	7,4	7,2	7,1	7,1	7,8	7,6	7,5	7,6
* darunter der Frauen	"	8,0	7,1	7,0	6,9	6,9	7,2	7,1	7,0	7,0
* Männer	"	8,3	7,6	7,3	7,3	7,3	8,3	8,1	8,0	8,1
* Ausländer	"	14,8	14,2	13,9	14,1	14,5	14,5	14,5	14,6	14,8
* Jüngere unter 25 Jahren	"	7,2	6,5	6,6	6,3	6,1	7,7	7,4	6,9	6,4
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	5 156	7 822	4 893	5 638	7 461	7 987	8 876	9 389	10 585
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	37 527	37 692	37 727	36 289	32 366	30 243	28 660	27 021	25 519
		1999	2000	1999		2000		2001		
		30.6.		Sept.	Dez.	Sept.	Dez.	Juni	Sept.	Dez.
ERWERBSTÄTIGKEIT⁵⁾⁶⁾										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{7) 8)}	1000	2 123,7	2 174,7	2 162,3	2 163,4	2 216,7	2 213,1	2 203,3	2 240,4	2 223,5
* darunter Frauen	"	910,5	934,5	927,1	932,8	954,1	955,8	952,2	970,2	988,0
* Ausländer	"	217,1	223,3	221,3	220,1	231,0	230,4	228,5	231,9	228,9
* Teilzeitbeschäftigte	"	301,8	321,7	306,2	313,3	325,6	331,0	337,9	341,8	345,2
* darunter Frauen	"	262,6	274,5	264,8	269,2	277,1	279,8	284,9	287,8	289,7
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁷⁾										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	14,0	13,9	14,1	12,6	14,1	12,5	13,8	14,1	12,5
* darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,7	3,5	3,8	3,5	3,7	3,8	3,4
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	553,4	548,9	556,8	550,9	555,0	552,5	545,8	551,2	545,8
* darunter Frauen	"	141,1	139,9	142,4	140,7	141,9	141,0	140,0	140,8	138,9
* Baugewerbe	"	130,1	125,2	133,6	127,7	127,9	122,4	120,4	123,5	116,8
* darunter Frauen	"	15,6	15,2	15,7	15,6	15,4	15,1	14,7	14,9	14,7
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	532,8	554,2	542,4	547,9	566,0	567,3	562,5	571,7	566,6
* darunter Frauen	"	235,5	244,2	239,6	242,5	249,1	250,0	248,4	252,9	251,2
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	406,1	442,0	421,6	426,8	454,0	456,6	465,5	475,3	473,4
* darunter Frauen	"	187,2	201,9	193,9	198,1	207,8	208,7	211,9	216,9	216,2
* öffentliche und private Dienstleister	"	486,3	489,8	492,5	496,3	498,7	500,6	494,2	504,4	507,9
* darunter Frauen	"	327,0	329,3	331,2	334,0	335,7	337,0	333,2	340,7	343,3

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne Innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. —

5) Quelle: Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Datenstand: Für 30.06.1999 und 30.06.2000: Nov. 2001; für 30.09.1999 und 31.12.1999: Aug. 2001; für 30.09.2000 bis 30.09.2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002. — 8) Einschl. Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000	2001	2001			2002			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen¹⁾:										
Rinder	Anzahl	7 302	6 299	4 332	5 574	5 989	4 596	4 588	5 236	5 246
Kälber	"	350	224	96	139	160	234	218	217	240
Schweine	"	102 959	95 275	89 554	91 134	86 903	79 480	82 744	81 082	78 269
darunter hausgeschlachtet	"	7 765	7 524	2 631	2 851	4 261	2 222	2 217	1 827	2 716
Schlachtmengen²⁾:										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	11 148	10 351	9 830	10 446	9 840	9 205	9 398	9 536	9 054
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	2 032	1 679	1 317	1 696	1 764	1 364	1 389	1 574	1 528
* Kälbern	"	33	20	9	12	15	18	17	15	22
* Schweinen	"	8 686	8 103	7 973	8 057	7 549	7 227	7 431	7 332	6 997
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ³⁾	"
* Erzeugte Konsumer ⁴⁾	1000 St.	31 856	31 198	31 472	28 952	26 992	29 760	30 166	29 156	26 455
Milcherzeugung:										
* Kuhlischerzeugung	Tonnen	84 688	87 754	93 055	89 129	83 383	87 583	87 451	83 937	79 355
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	80 642	83 707	88 685	84 759	79 154	84 033	83 784	80 269	75 805
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,8	18,2	19,0	18,2	17,6	17,8	17,2	16,5	16,1
VERARBEITENDES GEWERBE⁵⁾										
* Betriebe	Anzahl	3 295	3 289	3 291	3 278	3 275	3 205	3 200	3 189	3 181
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	459,5	458,5	460,5	461,1	460,7	443,6	445,1	445,2	444,5
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubl.)	"	271,1	269,6	271,7	271,3	270,5	259,2	261,0	260,8	259,8
* Geleistete Arbeitsstunden	"	34 952	34 156	31 573	35 439	33 995	32 293	32 156	31 934	32 759
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	660,8	667,4	663,7	655,6	631,5	668,5	665,2	633,3	621,2
* Bruttogehaltssumme	"	739,6	754,1	717,3	700,4	705,7	769,7	722,6	711,8	711,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 864,5	6 976,7	6 706,8	6 896,2	7 090,0	7 156,9	6 929,9	6 651,2	7 541,1
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	"	2 993,6	3 002,0	2 916,4	3 023,1	3 005,4	3 133,1	3 047,3	2 908,4	3 182,8
* Investitionsgüterproduzenten	"	2 170,0	2 184,3	2 026,5	1 997,3	2 312,3	2 283,9	2 139,9	2 017,6	2 522,1
* Gebrauchsgüterproduzenten	"	225,5	256,0	209,2	240,8	285,9	280,0	241,9	222,7	317,5
* Verbrauchsgüterproduzenten	"	1 475,5	1 534,4	1 554,7	1 635,0	1 486,5	1 459,8	1 500,8	1 502,4	1 518,6
* darunter Auslandsumsatz	"	2 564,7	2 621,9	2 506,1	2 449,7	2 630,3	2 887,5	2 746,0	2 535,0	2 990,7
Exportquote ⁶⁾	%	37,4	37,6	37,4	35,5	37,1	40,3	39,6	38,1	39,7
Volumenindex des Auftragseingangs⁷⁾										
Insgesamt	1995 = 100 % ⁸⁾	6,7	- 2,2	2,2	- 5,0	- 10,8	- 1,3	4,2	- 3,7	1,1
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten	"	5,6	- 1,9	- 0,1	0,0	- 4,0	7,9	12,0	- 3,7	2,1
* Investitionsgüterproduzenten	"	9,2	- 3,6	7,0	- 18,3	- 18,3	- 9,2	- 3,6	- 0,7	- 3,3
* Gebrauchsgüterproduzenten	"	10,5	- 10,6	- 18,6	- 7,0	- 22,3	12,7	6,4	- 5,9	7,5
* Verbrauchsgüterproduzenten	"	2,9	5,4	7,5	22,7	- 14,6	- 23,7	- 9,5	- 11,9	8,0
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁹⁾	6,7	2,2	5,7	11,6	- 7,6	- 9,5	3,4	- 7,5	0,0
Maschinenbau	"	15,8	- 9,4	- 8,6	- 16,8	- 15,0	- 1,3	10,1	- 7,9	- 9,4
Kraftwagen und -teile	"	- 9,3	4,2	23,4	- 7,2	- 3,2	22,3	- 2,2	27,3	14,5
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	5,5	- 3,4	- 7,5	- 11,0	- 3,9	- 6,2	- 3,5	- 13,5	- 8,6
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe ¹⁰⁾	Anzahl	93	95	95	95	95	95	95	95	95
* Beschäftigte ¹⁰⁾	"	19 131	18 366	18 243	18 337	18 467	18 071	18 078	18 168	18 211
* darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubl.)	"	8 704	7 826	7 782	7 744	7 821	7 189	7 139	7 186	7 221
* Geleistete Arbeitsstunden ¹⁰⁾¹⁰⁾	1000 h	1 109	991	950	1 046	966	2 189	2 261	2 250	2 254
* Brutto Lohnsumme	Mill. EUR	24,3	23,2	24,6	19,9	20,4	21,3	21,5	18,5	18,6
* Bruttogehaltssumme	"	36,5	39,0	42,3	35,3	35,3	42,6	41,0	37,8	37,8
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 128,5	...	2 543,4	2 416,0	1 895,0
* Stromverbrauch ¹¹⁾	"	2 895,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischer Geflügel in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. — 4) In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Jungennen-, Bruch- und Knickelern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendemontlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. — 11) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt	2000	2001	2001	2001	2002	2002	2002	2002
HANDWERK										
* Beschäftigte	1996 – 100	93,0	90,6	.	.	91,0	85,7
* Umsatz	"	103,0	101,9	.	.	104,6	96,2
BAUGEWERBE										
Bauhauptgewerbe¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	60,7	58,0	57,5	58,4	58,2	54,2	53,6	54,4	54,6
Facharbeiter ²⁾	"	32,0	30,1	29,9	30,4	30,3	28,3	28,2	28,2	28,3
Fachwerker und Werker	"	9,5	9,0	9,1	9,2	9,0	8,1	8,1	8,3	8,3
gewerblich Auszubildende	"	2,9	2,7	2,4	2,8	2,7	2,4	2,1	2,5	2,5
* Geleistete Arbeitsstunden darunter	1000 h	5 756	5 381	5 603	6 334	5 666	5 417	5 463	5 501	5 615
Wohnungsbau	"	2 214	2 037	2 059	2 381	2 086	2 068	2 118	2 073	2 150
gewerblicher Bau	"	1 716	1 581	1 613	1 811	1 643	1 494	1 512	1 502	1 526
öffentlicher und Straßenbau	"	1 798	1 730	1 897	2 099	1 898	1 816	1 806	1 903	1 916
* Bruttolohnsomme	Mill. EUR	96,2	90,8	95,4	100,1	88,9	82,5	82,8	89,8	87,3
* Bruttogehaltssomme	"	40,0	38,3	37,2	37,1	37,0	41,7	38,1	36,6	36,3
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) darunter	"	511,9	512,8	535,9	556,9	543,9	482,2	526,0	527,4	538,6
Wohnungsbau	"	156,4	141,1	145,6	150,9	167,4	137,8	153,0	140,8	152,4
gewerblicher Bau	"	209,3	226,3	219,2	243,0	229,9	193,7	205,6	215,3	213,4
öffentlicher und Straßenbau	"	146,9	144,3	169,5	161,4	152,6	158,5	165,6	170,0	171,4
* Index des Auftragsleistungsindex ³⁾ darunter	1995=100	85,1	81,4	89,7	109,0	109,4	96,2	72,0	75,9	71,2
Wohnungsbau	"	53,2	46,0	46,4	51,1	52,3	46,4	38,1	35,6	38,4
gewerblicher Bau	"	99,6	90,9	67,5	121,9	129,2	88,2	67,4	76,4	64,8
öffentlicher und Straßenbau	"	84,9	89,1	85,2	124,9	116,3	133,5	96,3	95,1	97,2
Ausbaugewerbe⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	24,6	23,8	.	.	23,9	23,1	.	.	23,5
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	7 148	6 962	.	.	6 959	6 504	.	.	6 663
* Bruttolohnsomme	Mill. EUR	115,1	111,9	.	.	111,7	107,5	.	.	110,1
* Bruttogehaltssomme	"	57,4	57,2	.	.	55,1	60,0	.	.	57,3
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	626,6	613,9	.	.	621,9	564,9	.	.	640,0
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	913	768	809	831	803	847	812	761	738
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	818	679	723	731	738	756	677	655	635
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	1 021	926	924	977	862	942	912	880	839
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	188	170	170	178	161	179	180	169	156
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	219 128	204 157	202 917	212 784	188 639	218 552	222 671	210 515	206 129
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	245	207	185	226	225	125	174	198	161
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	875	1 333	1 246	1 147	1 027	641	1 665	1 999	1 479
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	186	224	174	214	194	1 280	287	276	237
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	167 702	198 009	136 781	185 389	150 972	106 404	371 689	224 386	194 165
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 968	1 817	1 790	1 955	1 594	1 925	2 146	1 851	1 712
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) ⁶⁾	"	10 306	9 021	9 018	9 883	8 526	9 585	10 464	9 384	8 534
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
Großhandel										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	2000 = 100	.	91,6	87,2	88,0	89,9	86,9	86,2	82,3	...
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	.	93,0	90,0	90,6	91,1	87,7	88,2	84,1	...
* Beschäftigte im Großhandel (Index)	"	.	100,7	100,7	101,3	101,5	97,9	97,5	98,5	...
Einzelhandel										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	2000 = 100	.	97,3	91,9	92,1	90,1	90,2	92,6	87,5	90,0
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	.	98,8	93,7	93,9	92,0	92,5	94,8	89,4	92,4
darunter (Einzelhandel mit)	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Kraftfahrzeuge ⁸⁾ ; Tankstellen	"	"	96,3	93,0	85,8	85,5	94,9	97,0	82,0	87,0
Waren verschiedener Art ⁹⁾	"	"	102,0	95,0	103,9	94,1	96,4	95,8	99,0	94,8
Apotheken ¹⁰⁾	"	"	106,7	101,5	109,1	99,0	104,4	105,2	106,0	107,8
Bekleidung	"	"	101,0	90,2	87,6	111,1	89,5	90,4	85,3	99,2
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹¹⁾	"	"	99,3	92,3	88,1	89,7	78,3	84,6	76,5	78,8
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹²⁾	"	"	98,0	106,9	101,6	92,1	102,8	108,2	105,0	106,6
* Beschäftigte im Einzelhandel	"	"	98,5	97,7	98,4	98,4	95,3	94,5	95,1	95,8
Gastgewerbe										
* Index der Umsätze ⁷⁾ — real	2000 = 100	.	97,9	93,3	98,5	107,2	93,4	84,5	86,2	97,7
* Index der Umsätze ⁷⁾ — nominal	"	.	99,6	97,2	102,6	109,3	99,2	91,2	92,8	103,0
darunter	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	"	97,4	87,9	96,6	119,9	98,1	83,3	84,1	111,8
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	"	99,8	98,7	105,9	100,5	97,9	92,5	96,5	96,1
Kantinen und Caterer	"	"	101,2	112,2	109,2	106,9	104,1	108,0	102,2	104,9
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	"	101,6	98,9	102,2	103,4	98,3	95,3	96,4	97,9

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau, Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polierern und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Bauinstallationen und sonstiges Baugewerbe; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtsvierteljahres. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 8) Sowie mit Kraftfahrzeugen und -zubehör. — 9) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 10) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 11) Sowie Hausrat. — 12) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
AUSSENHANDEL										
* Ausfuhr (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾	Miil. EUR	2 504,1	2 635,8	2 516,1	2 517,3	2 621,2	2 758,5	2 643,4	2 671,4	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	60,1	62,6	44,8	80,3	53,1	66,7	72,2	58,6	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	2 444,0	2 573,2	2 471,3	2 437,0	2 568,1	2 691,9	2 571,2	2 612,8	...
davon										
* Rohstoffe	"	21,8	20,9	23,7	21,1	18,6	20,2	19,1	16,8	...
* Halbwaren	"	196,0	178,3	191,2	172,5	162,5	134,4	115,6	182,4	...
* Fertigwaren	"	2 226,2	2 374,0	2 256,4	2 243,4	2 387,0	2 537,3	2 436,5	2 413,6	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	471,5	453,1	487,8	417,1	452,4	524,4	542,8	490,3	...
* Enderzeugnisse	"	1 754,6	1 920,9	1 768,6	1 826,3	1 934,6	2 012,8	1 893,7	1 923,3	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	736,6	750,7	660,0	...
Maschinen	"	431,1	411,3	367,1	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	321,8	211,3	302,2	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	232,3	255,2	286,6	...
Eisen- und Metallwaren	"	182,0	192,2	181,8	...
davon nach										
* Europa	"	1 729,4	1 823,9	1 650,2	1 696,6	1 877,7	1 922,4	1 835,8	1 847,7	...
darunter EU-Länder ²⁾	"	1 310,2	1 381,5	1 192,9	1 243,9	1 447,1	1 467,8	1 428,4	1 365,6	...
* Afrika	"	40,6	47,3	42,6	50,1	47,0	54,1	59,6	46,3	...
* Amerika	"	376,8	371,0	425,3	356,8	334,2	366,1	350,6	343,8	...
* Asien	"	333,8	360,0	373,6	379,9	326,5	394,2	375,7	413,1	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	23,4	33,6	24,2	33,9	35,7	21,8	21,8	20,5	...
* Einfuhr (Generalhandel) insgesamt ¹⁾	"	4 481,1	4 250,2	3 925,8	3 890,6	3 619,9	4 197,0	3 843,8	3 643,3	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	176,9	189,7	214,3	173,2	177,7	172,8	191,8	164,0	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 304,1	4 060,5	3 711,4	3 717,4	3 442,2	4 024,2	3 652,0	3 479,3	...
davon										
* Rohstoffe	"	52,4	46,2	43,3	51,6	24,5	80,4	75,6	64,3	...
* Halbwaren	"	404,2	366,4	409,4	311,6	339,1	309,3	249,7	308,5	...
* Fertigwaren	"	3 847,5	3 628,0	3 258,8	3 354,2	3 078,6	3 634,5	3 326,7	3 106,5	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	444,5	458,8	491,1	438,8	409,5	442,3	382,1	393,4	...
* Enderzeugnisse	"	3 403,1	3 169,2	2 767,6	2 915,4	2 669,1	3 192,2	2 944,6	2 713,1	...
davon aus										
* Europa	"	2 668,5	2 764,7	2 653,1	2 509,7	2 394,7	2 882,6	2 594,8	2 345,4	...
darunter EU-Länder ²⁾	"	2 070,6	2 134,7	2 008,1	1 942,8	1 785,8	2 260,1	1 977,4	1 785,2	...
* Afrika	"	106,3	91,0	94,6	84,3	55,3	84,5	63,2	109,1	...
* Amerika	"	809,4	662,6	535,4	612,2	545,0	540,7	491,3	491,0	...
* Asien	"	889,6	724,5	637,5	673,5	619,1	683,4	690,6	693,4	...
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	7,4	7,4	5,2	10,8	5,8	5,8	3,9	4,4	...
TOURISMUS³⁾										
* Gästeankünfte	1000	816	813	844	896	965	919	837	876	976
darunter von Auslandsgästen	"	211	200	262	247	232	229	250	244	252
* Gästeübernachtungen	"	2 138	2 136	2 416	2 550	2 520	2 275	2 291	2 409	2 464
darunter von Auslandsgästen	"	409	388	496	513	433	396	468	487	486
Gästeübernachtungen nach Berichts-										
gemeindeguppen:										
Heilbäder	"	644	643	730	765	735	688	722	740	721
Luftkurorte	"	131	124	168	174	152	145	148	159	149
Erholungsorte	"	96	98	145	158	122	107	140	144	110
Sonstige Gemeinden	"	1 265	1 270	1 372	1 452	1 511	1 335	1 282	1 367	1 484
darunter Großstädte	"	575	575	575	606	655	586	539	578	654
VERKEHR										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 350	1 251	1 335	1 377	1 261	1 121	1 256	1 097	...
davon										
* Güterversand	"	226	213	201	242	229	188	208	181	...
* Gütereingang	"	1 124	1 037	1 134	1 135	1 032	933	1 048	916	...

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2002 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Junl	Jul	August	Sept.
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾	Anzahl	30 577	30 179	30 486	30 045	27 809	34 994	29 066	26 736	28 281
darunter	-									
Personenkraftwagen ²⁾	-	26 145	26 040	26 437	25 908	24 049	30 670	25 348	23 226	25 185
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	-	1 868	1 745	1 438	1 739	2 237	1 786	1 467	1 599	1 797
Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	-	1 998	1 791	2 106	1 960	1 051	1 968	1 713	1 502	856
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	-	287	298	264	220	261	305	299	235	281
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ³⁾	-	3 097	3 095	3 158	3 424	3 225	11 280	10 754	11 051	11 207
darunter Unfälle mit Personenschaden	-	2 252	2 252	2 400	2 665	2 324	2 477	2 268	2 473	2 511
* Getötete Personen	-	45	43	51	69	46	49	44	33	50
* Verletzte Personen	-	3 031	3 036	3 174	3 507	3 162	3 237	3 015	3 253	3 415
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen⁴⁾										
Beförderte Personen	1000	39 561	39 236	.	.	110 682	116 499
davon Im	-									
Linienverkehr ⁵⁾	-	39 083	38 805	.	.	109 111	115 089
Gelegenheitsverkehr	-	478	431	.	.	1 581	1 410
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 402	24 208	.	.	81 676	75 318
davon Im	-									
Linienverkehr ⁵⁾	-	19 432	19 596	.	.	63 197	58 797
Gelegenheitsverkehr	-	4 970	4 612	.	.	18 479	16 521
Einnahmen	1000 EUR	41 158	81 840	.	.	134 274	135 342
davon aus	-									
Linienverkehr ⁵⁾	-	32 949	67 519	.	.	102 600	106 624
Gelegenheitsverkehr	-	8 209	14 321	.	.	31 674	28 718
GELD UND KREDIT										
Banke⁶⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷⁾	Mill. EUR	490 216	546 660	.	.	551 109
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	-									
darunter	-									
Kredite an inländische Nichtbanken ⁷⁾	-	399 113	415 013	.	.	419 451
davon	-									
kurzfristige Kredite	-	66 702	71 101	.	.	65 228
Kredite über 1 Jahr ⁸⁾	-	332 411	343 912	.	.	354 223
Einzlagen und aufgenommene Gelder ⁷⁾	-									
von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	-	378 514	435 068	.	.	446 065
Insolvenzen										
Beartragte Insolvenzverfahren	Anzahl	235	268	302	291	240	443	486	448	...
darunter mangels Masse abgelehnt	-	123	122	154	130	88	119	136	118	...
davon	-									
von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe	-	153	167	187	188	142	202	247	196	...
von natürlichen Personen als Gesellschafter u.ä. Nachlässe ⁹⁾	-	24	29	31	37	28	137	131	152	...
von Verbrauchern ⁹⁾	-	58	73	84	86	70	104	108	100	...
Voraussichtliche Forderungen	1000 EUR	105 028	246 041	67 368	299 358	347 260	550 589	226 676	1 592 672	...
GEWERBEANZEIGEN¹⁰⁾										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 360	5 303	5 279	5 592	5 071	4 736	4 839	5 274	5 097
* Gewerbeabmeldungen	-	4 783	4 762	4 727	4 469	4 179	4 353	4 462	4 242	4 359
PREISE										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	107,0	109,3	109,9	109,8	109,9	110,8	111,2	111,0	111,0
darunter	-									
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	-	101,4	105,1	106,2	105,2	105,4	106,0	105,4	104,5	104,3
Bekleidung, Schuhe	-	104,0	104,1	103,8	103,8	103,9	104,0	103,0	103,1	103,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	-	110,7	113,5	113,8	113,9	114,6	114,8	115,1	115,1	115,4
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	-	102,1	102,8	102,8	103,0	103,0	103,8	103,7	103,7	103,5
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	-	113,9	117,4	117,8	117,8	118,1	119,3	119,9	119,8	120,6
Nachrichtenübermittlung	-	84,3	82,1	81,9	82,0	82,0	82,2	82,3	82,3	82,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-	104,9	106,6	108,4	107,8	107,1	107,1	109,4	108,6	108,1
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	-	103,7	104,6	107,1	107,2	104,8	109,9	111,9	111,7	109,3
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	106,6	108,9	109,6	109,5	109,3	110,5	111,0	110,9	110,7
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	1995 = 100	100,2 ¹⁴⁾	100,2 ¹⁴⁾	.	102,5	.	.	.	102,5	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Ab 2002: einschl. ehemals wirtschaftlich selbstständig Tätiger. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Regewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
		2000	2001	2000	2001			2002		
		Durchschnitt ⁴⁾	Dez.	März	Jun	Sept.	Dez.	März	Jun	
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Miil. EUR	3 553,2	3 471,6	2 911,4	2 754,8	3 230,1	3 266,5	3 090,0	2 810,3	2 912,7
davon	-	3 129,5	3 014,8	2 386,7	2 314,2	2 886,5	2 835,9	2 796,8	2 579,2	2 764,1
Gemeinschaftssteuern	-	1 487,1	1 513,6	1 511,5	1 341,8	1 304,5	1 528,0	1 491,7	1 351,7	1 279,1
davon	-	76,5	64,1	- 152,2	- 95,0	410,3	414,2	- 131,9	- 86,7	419,7
Lohnsteuer ²⁾	-	227,8	256,6	371,6	231,2	176,4	417,8	440,9	180,2	50,2
veranlagte Einkommensteuer	-	224,9	285,7	206,6	194,6	169,2	165,7	215,5	180,8	137,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-	235,7	15,1	- 441,1	- 238,6	14,4	- 529,5	- 6,7	- 65,1	252,9
Zinsabschlag ²⁾	-	716,8	745,4	737,6	742,1	725,9	702,4	655,4	671,7	507,7
Körperschaftsteuer ²⁾	-	180,6	154,2	152,7	137,9	85,8	137,3	131,9	146,6	116,9
Umsatzsteuer	-	249,5	278,4	288,5	270,6	225,0	306,9	66,8	63,2	36,5
Einfuhrumsatzsteuer	-									
Bundessteuern	-									
darunter	-									
Mineralölsteuer	-	31,5	41,9	44,4	48,8	53,4	53,8	0,0	0,0	0,0
Versicherungsteuer	-	57,3	67,9	36,8	95,2	33,3	78,8	0,0	0,0	0,0
Zölle ³⁾	-	13,2	11,5	9,8	10,2	5,7	8,5	8,1	10,4	8,4
Landesteuern	-	130,5	141,3	144,0	159,4	113,0	115,2	144,5	157,5	103,6
darunter	-									
Vermögensteuer	-	5,7	3,3	2,1	2,2	2,7	5,3	2,3	19,7	2,8
Erbsteuer	-	21,7	23,6	25,6	23,5	15,7	25,4	21,5	20,1	23,7
Grunderwerbsteuer	-	43,2	43,5	39,0	65,6	32,5	35,1	49,3	57,2	30,0
Kraftfahrzeugsteuer	-	44,3	53,2	55,6	52,6	46,9	49,8	51,3	44,1	40,7
Gewerbesteuerumlage	-	30,5	26,5	82,5	0,5	0,0	0,0	73,8	0,0	0,0
		2000	2001	2000	2001			2002		
		Durchschnitt ⁴⁾		Dez.	März	Jun	Sept.	Dez.	März	Jun
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Miil. EUR	1 609,7	1 621,4	2 052,4	994,4	1 543,6	1 427,6	3 947,5	829,6	1 317,3
davon	-	4,3	3,8	3,5	4,3	4,2	5,2	6,7	4,4	4,2
Grundsteuer A	-	150,8	185,3	123,7	150,0	171,4	170,7	249,3	139,7	171,7
Grundsteuer B	-	742,2	648,7	645,1	683,8	624,6	603,0	1 286,2	520,5	430,5
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	-	621,6	844,0	1 129,9	136,4	656,0	563,8	2 019,9	147,5	693,6
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-	17,2	19,3	13,4	15,5	17,3	17,4	26,9	15,1	17,3
andere Steuern ⁵⁾	-									
		2000	2001	2001				2002		
		Durchschnitt ⁶⁾		Jan.	April.	Jul	Okt.	Jan.	April	Jul
VERDIENSTE ⁷⁾										
Arbeiterverdienste										
im Produzierenden Gewerbe ⁸⁾										
• Bruttonomatsverdienst insgesamt	EUR	2 418	2 438	2 398	2 443	2 454	2 438	2 409	2 446	2 490
• Männliche Arbeiter	-	2 501	2 520	2 480	2 527	2 535	2 519	2 488	2 526	2 570
darunter Facharbeiter	-	2 656	2 674	2 638	2 684	2 693	2 667	2 637	2 668	2 718
• Weibliche Arbeiter	-	1 857	1 883	1 864	1 873	1 899	1 885	1 886	1 896	1 935
darunter HilfsarbeiterInnen	-	1 734	1 755	1 739	1 749	1 768	1 755	1 758	1 768	1 804
• Bruttostundenverdienst insgesamt	-	14,74	14,89	14,80	14,93	14,93	14,86	14,87	15,02	15,18
• Männliche Arbeiter	-	15,21	15,36	15,30	15,42	15,39	15,31	15,35	15,48	15,63
darunter Facharbeiter	-	16,36	16,48	16,45	16,57	16,54	16,40	16,44	16,55	16,71
• Weibliche Arbeiter	-	11,49	11,66	11,50	11,59	11,74	11,70	11,68	11,81	11,99
darunter HilfsarbeiterInnen	-	10,62	10,72	10,61	10,66	10,78	10,76	10,74	10,83	11,03
Angestelltenverdienste										
(Bruttonomatsverdienste)										
• im Produzierenden Gewerbe ⁸⁾	-	3 500	3 586	3 539	3 562	3 588	3 618	3 637	3 664	3 700
• männlich	-	3 757	3 843	3 794	3 818	3 846	3 876	3 890	3 915	3 959
• weiblich	-	2 778	2 863	2 825	2 839	2 865	2 891	2 913	2 939	2 972
• kaufmännische Angestellte	-	3 325	3 385	3 348	3 369	3 383	3 412	3 438	3 464	3 488
• technische Angestellte	-	3 656	3 765	3 708	3 733	3 772	3 802	3 814	3 839	3 889
• in Handel ⁹⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe	-	2 936	3 060	2 999	3 033	3 070	3 095	3 323	3 331	3 366
• männlich	-	3 238	3 380	3 312	3 353	3 392	3 415	3 675	3 699	3 730
• weiblich	-	2 514	2 617	2 566	2 593	2 624	2 649	2 796	2 784	2 823
• kaufmännische Angestellte	-	2 950	3 077	3 018	3 050	3 087	3 111	3 325	3 323	3 357
• Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁹⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe	-	3 163	3 270	3 217	3 244	3 276	3 303	3 443	3 458	3 492

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 9) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Der kommunale Investitionsbedarf in Deutschland

Eine Schätzung für die Jahre 2000 bis 2009. Von M. Reidenbach u. a., Heft 35 der „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“, 378 Seiten, kartoniert, 35,00 Euro, Eigenverlag, Berlin, 2002.

Die kommunale Infrastruktur stellt eine wesentliche Voraussetzung für die Lebensqualität der Bürger, für ein erfolgreiches Wirtschaften von Industrie, Gewerbe und die Kommunalverwaltungen dar. Die Kommunen sind deshalb gefordert, diesen Bestand zu erhalten, fehlende Infrastruktur zu ergänzen und Wohn- und Gewerbebau durch Flächenerschließung oder Konversion zu fördern. Die Studie versucht — wie ihre Vorgänger aus den Jahren 1980 und 1992 — den Investitionsbedarf der kommunalen Gebietskörperschaften und ihrer Zweckverbände, Krankenhäuser und Unternehmen nunmehr für die Jahre 2000 bis 2009 abzuschätzen, um die argumentativen Grundlagen für die ausgaben- und verteilungspolitischen Entscheidungen bei Bund, Ländern und Gemeinden zu verbessern und die Problematik der Erhaltung und Ergänzung der kommunalen Infrastruktur vor Augen zu führen. Geschätzt wird der Bedarf an Sachinvestitionen (Baumaßnahmen, Erwerb von beweglichen Sachwerten und Grundstücken) und Finanzinvestitionen (kommunale Investitionsförderungen an private Unternehmen und Personen) unter Zugrundelegung allgemeiner Bedarfsnormen (Normen der EU, von Bund und Ländern, aber auch Richtlinien und allgemein akzeptierte Empfehlungen der Fachverbände u. a.) und aktueller Bevölkerungsprognosen, bei einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von 2 % des realen Bruttoinlandsprodukts p. a. und Wohnungsbauschätzungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Aus Gründen der Arbeitsökonomie werden in der Studie die wichtigsten kommunalen Investitionsbereiche detailliert und die restlichen rund 15 % des heutigen Investitionsvolumens nur grob geschätzt. Ergebnisse der Schätzung: Für Deutschland insgesamt beläuft sich der kommunale Investitionsbedarf im aktuellen Dezennium auf 686 Mrd. Euro; der Bedarf je Einwohner und Jahr wird mit rund 1400 Euro in den neuen Bundesländern fast doppelt so hoch geschätzt wie für die alten Bundesländer. Mit diesem Ergebnis liefert die Studie auch eine weit gehende Widerlegung der gängigen „Sättigungsthese“, der zufolge weitere kommunale Investitionen als Luxus angesehen werden müssten.

7073

Bahnreform und Enteignung

Die Rückkehr der privatbegünstigenden Enteignung im Eisenbahnwesen. Von S. Pommer, 291 Seiten, kartoniert, 66,00 Euro, Duncker & Humblot, Berlin, 2002.

Auf Grund des Landbedarfs für den Bau von Eisenbahnanlagen und Schienenwegen war das Rechtsinstitut der Enteignung eng mit der Entwicklung der Eisenbahn verbunden und stellt auch heute noch eine notwendige Voraussetzung für expansionswillige Netzbetreiber dar. Vor dem Hintergrund der im Weg der Bahnreform erfolgten Umwandlung einer mit gemeinwirtschaftlichem Auftrag arbeitenden Deutschen Bundesbahn in eine privatwirtschaftliche betriebene Eisenbahn haben sich auch die Rahmenbedingungen für die Enteignung als verfassungsrechtliches Mittel zur Förderung infrastruktureller Vorhaben gewandelt. Im ersten Teil Ihrer Abhandlung spannt

die Autorin einen Bogen von den ersten — privatwirtschaftlichen — Anfängen des deutschen Eisenbahnwesens über die Verstaatlichung speziell der Eisenbahnen in Preußen, die Gründung der Deutschen Reichsbahngesellschaft im Jahr 1920 sowie die Schaffung der Deutschen Bundesbahn im Jahr 1951 aus dem Sondervermögen „Deutsche Reichsbahn“ in der Bundesrepublik Deutschland. Das Augenmerk liegt auch hier immer wieder auf den Möglichkeiten der Enteignung von Landbesitzern zu Gunsten des Eisenbahnbaus. Im zweiten Teil der Betrachtungen liegt das Hauptaugenmerk der Verfasserin auf der zum 1.1.1994 erfolgten (Rück)Umwandlung der „Staatsbahn“ in ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Neben der Beschreibung der damit verbundenen Beweggründe und Ziele der so genannten Bahnreform erfolgt eine Auseinandersetzung mit der privatwirtschaftlichen Grundkonzeption und ihrer verfassungsrechtlichen Umsetzung und eine Beschreibung der Aufgaben und der Rechtsstellung der Deutschen Bahn AG, insbesondere vor dem Hintergrund des Art. 87e Abs. 3 Satz 3 des Grundgesetzes (Beschränkung der Veräußerungsfreiheit von Schienenwegen). Im dritten Abschnitt steht wiederum das Mittel der Enteignung, diesmal allerdings als privatbegünstigende Enteignung zu Gunsten der Deutschen Bahn AG, im Vordergrund. Neben einer Beschreibung der privatbegünstigenden Enteignung im Allgemeinen werden die Enteignungsvoraussetzungen im Planfeststellungsverfahren sowie die sich daraus ergebenden Anwendungen auf Enteignungen im Bahnbereich beschrieben.

7075

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Abfallwirtschafts- und Bodenschutzrecht in Hessen

Kommentar. Von Friedrich Baur, Rüdiger Brunke, Elke Engel, M. Frank und A. Koch, Loseblattwerk in Plastikordner, Grundwerk (einschl. 3. Erg.-Lfg. vom Mai 2001, 246 Seiten, in Plastikordner) 59,80 DM; Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden, 2001.

6827

Kommunalverfassungsrecht Hessen

Text und Kommentar zur Hessischen Gemeindeordnung, Hessischen Landkreisordnung, Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit und Hessisches Kommunalwahlgesetz. Von G. Bennemann, R. Beilich u. a., Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 5. Lieferung vom Mai 2001) 2072 Seiten, in 1 Plastikordner) 248,00 DM, Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden, 2001.

6984

Verwaltungsverfahren in Deutschland und Europa

Kommentar mit einer Sammlung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften des Bundes und der Länder, Vorschriften zum Europäischen Recht, zur multilateralen Zusammenarbeit sowie zum internationalen Recht. Von F. Eichler u. a., Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. 78. Erg.-Lfg. vom September 2001, in 5 Plastikordnern); Verlag R. S. Schulz, Percha am Starnberger See, 2001.

4811

EDV-Recht

Systematische Sammlung von Rechtsvorschriften, organisatorischen Grundlagen und Entscheidungen zur elektronischen Datenverarbeitung. Herausgegeben von Dr. W. E. Burhenne und K. Perband, Loseblattausgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/02 vom März 2002, 7502 Seiten, in 5 Spezialordnern) 178,00 EURO; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2002.

5415

Die Internationalisierung der Belegschaften multinationaler Unternehmen mit Sitz in Deutschland

Von G. H. Zinger, Band 203 der Reihe „Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht“, 258 Seiten, kartoniert, 74,00 Euro, Duncker & Humblot, Berlin, 2002.

Ziel der vorliegenden Dissertation war es einerseits, den Prozess der Internationalisierung der Belegschaften multinationaler Unternehmen rechtswissenschaftlich zu untersuchen und andererseits, Lösungswege für die Unternehmenswirklichkeit aufzuzeigen. In der Einführung stellt der Autor den Status Quo und die Ursachen der Internationalisierung deutscher Unternehmen, den Begriff des multinationalen Unternehmens sowie den Untersuchungsgegenstand dar. Es folgt eine Erläuterung über das internationale Personalmanagement im multinationalen Unternehmen (Aufgaben und Ziele, Strategien, Gewinnung geeigneter Mitarbeiter, internationaler Arbeitseinsatz und Vergütung) sowie über die Rechtsfragen des Auslandseinsatzes (Vertragsgestaltung, betriebliche Mitbestimmung beim Auslandseinsatz). Der vierte Teil widmet sich dem Thema „Die kollektive Interessenvertretung der internationalisierten Belegschaften“: Notwendigkeit und Grenzen der kollektiven Interessenvertretungen, Vertretung der Belegschaften auf europäischer und globaler Ebene sind hier die Schlagworte. Der folgende Teil stellt die Mitbestimmung der internationalisierten Belegschaften auf unternehmerischer Ebene dar (Ausgangssituation, Arbeitnehmerbegriff im Mitbestimmungsgesetz [MitbestG], Integration im multinationalen Unternehmen, Änderung des MitbestG). Der sechste und abschließende Teil fasst die Ergebnisse der genannten Teile zusammen.

7076

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM OKTOBER 2002

(K – mit Kreisergebnissen, G – mit Gemeindeergebnissen
 □ – auf Diskette lieferbar, ● – auf CD-ROM lieferbar)

Statistische Berichte

Die allgemein bildenden Schulen in Hessen 2001; Teil 1: Grundschulen, Hauptschulen, Förderstufen, Sonderschulen, Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen (Stand: 3. September 2001); (B I 1 - j/01 Teil 1); (K)	8,00 Euro
□, Excel	8,00 Euro
Lehrerinnen und Lehrer an den allgemein bildenden und beruflichen Schulen in Hessen im Schuljahr 2001/02; (B I 2 und B II 2 - j/01); (K)	5,00 Euro
□, Excel	5,00 Euro
Schlachtungen in Hessen im August 2002; (C III 2 - m 8/02)	2,50 Euro
Schweine-, Rindvieh- und Schafbestand in Hessen im Mai 2002 (Endgültiges Ergebnis); (C III 1-2 - 2j/02)	2,50 Euro
Die Schädigungen des Schlachtviehs durch Krankheiten und Schädlinge in Hessen im Jahr 2001; (C III 4 - j/01)	3,00 Euro
Indizes des Auftragsengagements und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im August 2002; (E I 3 - m 8/02)	4,00 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im August 2002 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 8/02); (K)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im August 2002; (E I 1 - m 8/02); (K)	4,00 Euro
□, Excel	4,00 Euro

Investitionen im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe in Hessen im Jahr 2001; (E II 3 mit E III 3 - j/01)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Baugenehmigungen in Hessen im August 2002; (F II 1 - m 8/02); (K)	3,00 Euro
Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Hessen (Fortschreibungsergebnisse – Stand: 31. Dezember 2001); (F II 4 - j/01)	5,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im Juli 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 7/02)	2,50 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im August 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 8/02)	2,50 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im Juli 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 7/02)	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel in Hessen im August 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 1 - m 8/02)	3,00 Euro
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe in Hessen im August 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 8/02)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Die hessische Ausfuhr 2000; (G III 1 - j/00)	10,00 Euro
Die Ausfuhr Hessens im Juli 2002 (Vorläufige Ergebnisse); G III 1 - m 7/02	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im Juli 2002 (Vorläufige Ergebnisse); G III 3 - m 7/02	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Die Einfuhr nach Hessen 2000; (G III 3 - j/00)	8,00 Euro
Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus im Juli 2002; (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 7/02); (G)	4,00 Euro
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juli 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 7/02); (K)	3,00 Euro
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im 2. Vierteljahr 2002; (H I 4 - vj 2/02)	2,50 Euro
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im August 2002 (Vorauswertung); (H I 1 - m 8/02)	2,50 Euro
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im August 2002 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 8/02); (K)	3,00 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im Juli 2002; (H II 1 - m 7/02); (H)	3,00 Euro
Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern in Hessen im 1. Vierteljahr 2002 (Kassenmäßiges Aufkommen); (L I 1 und L I/S - vj 1/02)	2,50 Euro
Die Schulden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände in Hessen am 1. Dezember 2001; (L III 1 - j/01); (G)	6,00 Euro
Preisindizes für die Lebenshaltung und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im September 2002; (M I 2 - m 9/02)	4,00 Euro
Preisindizes für die Lebenshaltung und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im Oktober 2002; (M I 2 - m 10/02)	4,00 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Juli 2002; Teil I: Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe; (N I 1 - vj 3/02 - Teil I)	4,00 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Juli 2002; Teil II: Angestelltenverdienste; (N I 1 - vj 3/02 - Teil II)	6,00 Euro
Ausstattung privater Haushalte in Hessen mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern im Jahr 2001; Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2001; (O I 2 - j/01)	3,00 Euro
□, Excel	3,00 Euro
Verzeichnis der allgemein bildenden Schulen in freier Trägerschaft (Privatschulen) in Hessen; Ausgabe 2002	4,00 Euro
□, Excel	5,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt - 65175 Wiesbaden